

**Zeitschrift:** Mitteilungen aus dem Gebiete der Lebensmitteluntersuchung und Hygiene = Travaux de chimie alimentaire et d'hygiène

**Herausgeber:** Bundesamt für Gesundheit

**Band:** 8 (1917)

**Heft:** 6

  

**Rubrik:** Gerichtliche und administrative Entscheide und Gutachten betreffend Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände = Documents d'ordre judiciaire et administratif concernant la police des denrées alimentaires et objets usuels

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# MITTEILUNGEN

## AUS DEM GEBIETE DER LEBENSMITTELUNTERSUCHUNG UND HYGIENE

VERÖFFENTLICHT VOM SCHWEIZ. GESUNDHEITSAMT

## TRAVAUX DE CHIMIE ALIMENTAIRE ET D'HYGIÈNE

PUBLIÉS PAR LE SERVICE SUISSE DE L'HYGIÈNE PUBLIQUE

---

ABONNEMENT: Schweiz Fr. 8. 20 per Jahrg. — Ausland Fr. 10. — oder M. 8. —.  
Suisse fr. 8. 20 par année. — Etranger fr. 10. — ou M. 8. —.  
Preis einzelner Hefte Fr. 1. 50 (Ausland M. 1. 50).  
Prix des fascicules fr. 1. 50 (étranger M. 1. 50).

---

BAND VIII

1917

HEFT 6

---

### Gerichtliche und administrative Entscheide und Gutachten betreffend Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände.

*Documents d'ordre judiciaire et administratif concernant  
la police des denrées alimentaires et objets usuels.*

Auszüge aus bundesgerichtlichen Entscheiden.  
*Extraits d'arrêts du Tribunal Fédéral.*

#### 1. Urteil vom 6. Dezember 1910. M. gegen Gemeinderat und Bezirksgericht Baden.

#### Entwertete Milch (Nichtanwendung eidgenössischer Vorschriften).

A. Am 18. November 1909 erliess der Gemeinderat von Baden einen Strafbefehl gegen Landwirt M. wegen Lieferung von geringer Milch «gemäss § 8 des Milchreglementes» (d. h. des Milchreglementes der Gemeinde Baden vom 24. März 1904). Diese Bestrafung erfolgte auf Grund

1. eines Rapportes über eine vom Bezirkstierarzt beim Kassationskläger vorgenommene Stallinspektion, sowie des Resultates einer Untersuchung der von M. zum Verkauf in Baden bestimmten Milch;
2. eines Berichtes des städtischen Chemikers Z., wonach die beim Kassationskläger vorgenommene Strassenprobe einen Fettgehalt von 2,6 %, die Stallprobe einen solchen von 3,1 % ergeben habe. Der Bericht kam zum Schlusse, die Strassenprobe habe den Anforderungen nicht entsprochen; trotzdem auch die Stallprobe etwas «schwach» sei, deute doch ihr Vergleich auf eine leichte, etwa 15prozentige Abrahmung der Milch der Strassenprobe.



Innert nützlicher Frist stellte M. beim Gemeinderat von Baden das Begehren, er sei von Schuld und Strafe freizusprechen, und es seien inskünftig die Milchproben und Inspektionen bei ihm durch eine unparteiische Persönlichkeit nach den gesetzlichen Vorschriften vorzunehmen. Er machte dabei geltend, das gegen ihn eingeschlagene Verfahren sei ungesetzlich gewesen, indem die Art. 12, 13 und 15 des bundesrätlichen Reglementes betreffend die Entnahme von Proben von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 29. Januar 1909 ausser Acht gelassen worden seien. Er bestritt sodann ausdrücklich die Identität der untersuchten Probe und beschwerte sich auch darüber, dass Art. 16 des eidg. Lebensmittelgesetzes verletzt worden sei, wonach dem Beteiligten vor der Büssung Kenntnis von der gegen ihn erhobenen Anzeige gegeben werden soll, und wonach er das Recht gehabt hätte, eine Oberexpertise zu verlangen. Er bestritt endlich, dass er sich der Milchfälschung schuldig gemacht habe.

Nachdem eine Verhandlung stattgefunden hatte, wies der Gemeinderat von Baden am 5. Januar 1910, nach Einholung eines Berichtes des Bezirkstierarztes, die Beschwerde ab, jedoch ohne diesen Beschluss irgendwie zu begründen.

Auf eine von M. ergriffene Beschwerde hin hob das Bezirksgericht Baden den Entscheid des Gemeinderates auf, weil er keine Auskunft darüber gebe, ob der Fall in gesetzlicher Form beurteilt worden sei, und weil überhaupt kein formrichtiges, motiviertes Urteil vorliege.

Der Gemeinderat Baden fällte darauf unterm 21. Mai 1910 einen formgerechten Entscheid, indem er erkannte, das Begehren M.'s auf Freisprechung werde als unbegründet abgewiesen, und es habe demnach bei dem ersten Entscheid vom 18. November 1909 in allen Teilen sein Bewenden. In der Begründung weist der Gemeinderat zunächst den Versuch M.'s, die Identität der Milchprobe anzuzweifeln, als «unzulässig» zurück, mit der Behauptung, dass Stallinspektor, Lebensmittelchemiker und Stadtpolizei im Dienste der Gemeinde Baden in Pflicht genommen seien und «wissen, was ihres Amtes sei,» und dass sie auch nach bisheriger Vorschrift und Praxis gehandelt hätten. Was die Beschwerde wegen Verletzung der eidgenössischen Vorschriften über die Probenentnahme betreffe, so qualifiziere sich diese als «Formenreiterei», die nicht imstande sei, die nachgewiesene Milchfälschung ungeschehen zu machen. Wenn auch die eidgenössischen Vorschriften betr. die Untersuchung von Milch schon im Jahre 1909 in Kraft gewesen seien, so sei im Kanton Aargau deren Vollziehung doch erst in der Zeit von Mitte Januar bis Anfang März 1910 angeordnet worden; Ortsexperten und andere Funktionäre, wie sie die eidgenössische Gesetzgebung vorschreibt, hätten zur Zeit der Anzeige im Kanton Aargau überhaupt und in Baden speziell noch nicht existiert.

Gegen diesen zweiten gemeinderätlichen Entscheid erhob M. neuerdings Beschwerde beim Bezirksgericht Baden wegen Verletzung des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes sowie der dazu gehörenden eidgenössischen und kanto-

nenal Verordnungen, insbesondere der Art. 12 und 16 des genannten Bundesgesetzes, der Art. 12 ff. des bundesrätlichen Reglementes betreffend die Probeentnahme, sowie der §§ 15, 17, 20 und 30 der aargauischen Vollziehungsverordnung zum Lebensmittelgesetz. Er führte aus, dass dieses Gesetz und die zugehörigen Vollziehungsverordnungen mit dem 1. Juli 1909 in Kraft getreten seien, was die Aufhebung aller entgegenstehenden eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen zur Folge gehabt habe. Eine Verurteilung des Beschwerdeführers hätte daher nur auf Grund einer nach eidgenössischem Recht erhobenen Probe und einer ebenfalls nach eidgenössischem Recht erfolgten Untersuchung stattfinden dürfen. Das tatsächlich eingeschlagene Verfahren sei umso gesetzwidriger, als es nicht einmal den alten kantonalen Vorschriften entsprochen habe. Zum Schlusse bestritt der Beschwerdeführer neuerdings die Identität der bei ihm erhobenen Proben mit den untersuchten.

Am 12. Juli 1910 hat das Bezirksgericht Baden diese zweite Beschwerde als unbegründet abgewiesen. Es gibt in der Begründung seines Urteils zu, dass das neue Lebensmittelgesetz, das bundesrätliche Reglement und die kantonale Vollziehungsverordnung bereits am 1. Juli 1909 in Kraft gewesen seien, und dass trotzdem im vorliegenden Falle bei der Entnahme der Probe und der Feststellung ihrer chemischen Zusammensetzung nicht nach den Vorschriften des neuen Rechtes vorgegangen worden sei. Es macht aber geltend, dass die mit dem Vollzug des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes betrauten Behörden erst anfangs des Jahres 1910 gewählt und instruiert worden seien. Deshalb hätten zur Zeit der Entnahme der Milchprobe beim Beschwerdeführer unmöglich die eidgenössischen Vorschriften gehandhabt werden können. Die Probe habe vielmehr nach dem alten, seit 1904 in Kraft stehenden Milchreglement der Gemeinde Baden entnommen werden müssen. Nun sei nach Art. 6 des eidgenössischen Reglementes betreffend die Entnahme von Proben, vom 29. Januar 1909, das Hauptgewicht darauf zu legen, dass keine *Verwechslung* der Proben stattfinden könne. Eine solche sei jedoch von M. nicht behauptet worden. Die untersuchte Milch stamme somit zweifellos aus seinem Stalle. Nachdem aber eine Milchfälschung durch eine amtliche Behörde tatsächlich nachgewiesen worden sei, wäre es gegen den Sinn des Gesetzes, wenn der einer Milchfälschung Ueberwiesene wegen Nichteinhaltung bloss formeller Vorschriften straflos ausgehen sollte.

B. Gegen dieses Urteil richtet sich die von M. rechtzeitig und formrichtig ergriffene Kassationsbeschwerde mit dem Antrag, das angefochtene Urteil des Bezirksgerichtes Baden vom 12. Juli 1912 und das vorausgegangene des Gemeinderates Baden seien aufzuheben und die Sache an die kantonale Instanz zu neuer Entscheidung auf Grund des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes zurückzuweisen. Der Rekurs wird damit begründet, dass die Bestimmungen des mehrerwähnten Lebensmittelgesetzes und des zugehörigen Reglementes betreffend die Probenentnahme nicht angewendet worden seien.



C. Der Gemeinderat Baden beantragt Abweisung der Beschwerde. Er hält an seiner Behauptung fest, dass es zur Zeit der Probenentnahme an den für die Handhabung des neuen eidgenössischen Rechtes nötigen Vollzugsorganen gefehlt habe. Die Ortsexperten des neuen Gesetzes seien erst im Jahre 1910 ernannt worden. Die Frage sei daher lediglich so zu stellen: «War es in einem Moment, als das Lebensmittelgesetz zwar formell in Vollzug, faktisch und praktisch aber noch nicht in Geltung war, weil die Voraussetzungen zu seiner Handhabung fehlten, möglich, einen Lebensmittelfälscher zu bestrafen, oder war dies nicht möglich?» Nun widerstreite es aber dem Sinn und Geist des Lebensmittelpolizeigesetzes, die Unmöglichkeit einer Bestrafung in solchen Uebergangszeiten anzunehmen. Also habe der vorliegende Fall auf Grund des alten Rechtes behandelt werden müssen.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Da das angefochtene bezirksgerichtliche Urteil eine materielle Ueberprüfung des gemeinderätlichen Strafurteils enthält, so erscheint es als ein zweitinstanzliches Strafurteil im Sinne von Art. 162 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 22. März 1893. Auf die innert 10 Tagen seit Zustellung des bezirksgerichtlichen Urteils ergriffene und innert 20 Tagen prosequierte Kassationsbeschwerde, mit welcher die Verletzung bezw. Nichtanwendung eidgenössischer Rechtsvorschriften geltend gemacht wird, ist somit einzutreten.

2. Für die Beurteilung des vorliegenden Falles kommen folgende Rechtsvorschriften in Betracht:

- a) Bundesgesetz betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 8. Dezember 1905, insbesondere dessen Art. 12, Abs. 1, Art. 13, Art. 14, Abs. 2, Art. 16 und Art. 58.
- b) Bundesratsbeschluss betreffend Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom 29. Januar 1909.
- c) Allgemeine Verordnung des Bundesrates betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 29. Januar 1909, insbesondere deren Art. 4—22 sowie Art. 265.
- d) Verordnung des Bundesrates betreffend die technischen Befugnisse der kantonalen Lebensmittelinspektoren und der Ortsexperten vom 29. Januar 1909, insbesondere deren Art. 4—9, 16 und 20.
- e) Bundesrätliches Reglement betreffend die Entnahme von Proben von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 29. Januar 1909, insbesondere dessen Art. 5, 12—15 und 20.
- f) Dekret des aargauischen Grossen Rates vom 26. Mai 1909. Durch dieses Dekret ist als «zuständige Untersuchungsanstalt» im Sinne des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes das kantonale chemische Laboratorium bezeichnet worden.
- g) Vollziehungsverordnung des Regierungsrates vom 19. Juni 1909 mit Detailvorschriften über das von den Lebensmittelinspektoren und vom kantonalen Laboratorium zu beobachtende Verfahren.

3. Wie das Bezirksgericht Baden konstatiert und auch der beschwerdebeklagte Gemeinderat anerkennt, sind im vorliegenden Falle die Vorschriften des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes und der einschlägigen Vollziehungsverordnungen nicht beobachtet worden, trotzdem die dem Kassationskläger zur Last gelegte Milchfälschung beziehungsweise Inverkehrsetzung minderwertiger Milch am 13. November 1909 stattgefunden haben soll, das erwähnte Bundesgesetz aber, mitsamt den zugehörigen eidgenössischen Vollziehungsverordnungen und dem Dekret des aargauischen Grossen Rates vom 26. Mai 1909, bereits am 1. Juli 1909 in Kraft getreten war. Da nun, speziell auch bei Beurteilung von strafrechtlichen Kassationsbeschwerden, die Nichtanwendung eidgenössischen Rechtes der Verletzung von solchem gleichzustellen ist (vergl. bundesgerichtliche Entscheidungen 36-I, S. 273), und da eine Kassationsbeschwerde nicht nur mit der Verletzung bzw. Nichtanwendung materiellen Strafrechtes, sondern auch mit der Verletzung bzw. Nichtanwendung strafprozessualer Bestimmungen des Bundesrechtes begründet werden kann, wobei es nichts verschlägt, ob die betreffenden Vorschriften in einem Bundesgesetz oder in einer zugehörigen eidgenössischen Verordnung enthalten sind (vergl. Bundesblatt 1892, II, S. 363), so muss das im vorliegenden Falle erlassene Strafurteil als bundesrechtswidrig aufgehoben werden, sofern sich nicht etwa ergibt, dass die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des eidgenössischen Rechtes, wie der Gemeinderat von Baden behauptet, tatsächlich unmöglich war.

4. Nun ist allerdings richtig, dass zur kritischen Zeit im Kanton Aargau die Ernennung der bundesgesetzlich vorgesehenen Ortsexperten noch nicht stattgefunden hatte, die Vornahme von Amtshandlungen durch diese Ortsexperten somit in der Tat unmöglich war. Es ist auch zuzugeben, dass dies vernünftigerweise nicht die Strafflosigkeit allfälliger Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz zur Folge haben durfte, sondern dass die den Ortsexperten obliegenden Funktionen inzwischen von anderen Beamten ausgeübt werden mussten, wobei es nahe lag, sie jenen Funktionären zu übertragen, welche bisher mit der Lebensmittelkontrolle betraut gewesen waren. Von einer Kassation des angefochtenen Urteils könnte daher offenbar keine Rede sein, wenn der Kassationskläger sich lediglich darüber beschwert hätte, dass die Milchproben, auf Grund deren er verurteilt wurde, durch einen Bezirkstierarzt, statt durch einen ausdrücklich gemäss Bundesgesetz ernannten «Ortsexperten» entnommen worden seien. Dies ist nun aber keineswegs der Inhalt der vorliegenden Kassationsbeschwerde; vielmehr wird das von jenem Bezirkstierarzt bei der Probenentnahme, sowie nachher von der ihm vorgesetzten Behörde eingeschlagene Verfahren gerügt, insbesondere die Nichtversiegelung der Milchproben (Art. 13 des Reglementes betr. Probenentnahme), die Nichtabfassung eines vom Kassationskläger zu unterzeichnenden Erhebungsrapportes (Art. 12 dieses Reglementes), die Unterlassung der vorgeschriebenen Angabe über das bei der Probenentnahme vorhandene Milchquantum (Art. 15) usw.; ferner die Nichtbeachtung der in Art. 13 des



Bundesgesetzes und in Art. 6 der bundesrätlichen Verordnung betreffend die Befugnisse der Lebensmittelinspektoren etc. enthaltenen Vorschrift, wonach die Proben sofort der zuständigen Untersuchungsanstalt, welche im Kanton Aargau gemäss Grossratsdekret vom 26. Mai 1909 das kantonale Laboratorium ist, einzusenden sind, und sodann dem Beteiligten von dem Resultat der chemischen Untersuchung Kenntnis zu geben ist, worauf ihm das Recht zusteht, innert 5 Tagen Einsprache zu erheben und eine Oberexpertise zu verlangen usw. Es ist klar, dass all diese Vorschriften für eine objektive und gründliche Feststellung des Tatbestandes wesentliche Garantien bieten und dass somit der Kassationskläger ein Recht auf deren Einhaltung besass. Ebenso ist aber auch klar, dass diese sämtlichen Vorschriften über das zu beobachtende Verfahren sehr wohl schon in einem Zeitpunkte angewendet werden konnten, in welchem die bundesgesetzlich vorgesehenen «Ortsexperten» noch nicht ernannt waren; es war dann eben einfach das nach den bundesrechtlichen Vorschriften von den «Ortsexperten» zu befolgende Verfahren von jenen Beamten zu beobachten, welche provisorisch an Stelle der Ortsexperten funktionierten, also im vorliegenden Falle vom Bezirkstierarzt. Dieser war daher insbesondere verpflichtet, die der Milch M.'s entnommenen Proben zu versiegeln, einen Erhebungsrapport abzufassen, diesen dem Kassationskläger zur Unterschrift vorzulegen und sodann die Proben behufs Vornahme der chemischen Untersuchung an das kantonale Laboratorium zu schicken.

Wenn der Gemeinderat von Baden in seinem «Amtsbericht» vom 29. März 1910, d. h. in seiner Vernehmlassung zuhanden des Bezirksgerichtes, ausführt, letztere Massregel sei im vorliegenden Falle deshalb nicht nötig gewesen, weil die Fälschung «eklatant» gewesen sei, so ist demgegenüber darauf zu verweisen, dass nach Art. 7 der bundesrätlichen Verordnung betreffend die Befugnisse der Lebensmittelinspektoren und Ortsexperten von einer Einsendung der Proben an die kantonale Untersuchungsanstalt nur unter der Bedingung Umgang genommen werden durfte, dass schon die «Sinnenprüfung und die Vorprüfung der Ware» «ein ganz unzweifelhaftes Resultat» ergaben. Dass nun dies der Fall gewesen sei, hätte von dem die Vorprüfung vornehmenden Beamten selber, in casu vom Bezirkstierarzt, konstatiert werden müssen. Eine solche Feststellung ist aber in dem bei den Akten liegenden Rapport des Tierarztes nicht enthalten. Das Bezirksgericht hat denn auch mit Recht davon abgesehen, jenes Argument des gemeinderätlichen «Amtsberichtes» in seinem Urteil zu verwenden.

Hätten demnach die der Milch des Kassationsklägers entnommenen Proben an das kantonale Laboratorium geschickt werden sollen, so ist andererseits festzustellen, dass dieses, durch Dekret des Grossen Rates vom 26. Mai organisierte und als «zuständige Untersuchungsanstalt» im Sinne des Bundesgesetzes bezeichnete Institut sehr wohl in der Lage gewesen wäre, die chemische Untersuchung vorzunehmen. Wenn auch die vom Regierungsrat am 19. Juni erlassene kantonale Vollziehungsverordnung, welche

ebenfalls gewisse auf das chemische Laboratorium bezügliche Vorschriften enthält, erst am 9. August in Kraft getreten ist, so war dies doch jedenfalls kein Grund, im *November* die Vorschrift, wonach die Warenproben an das kantonale Laboratorium einzusenden sind, einfach unbeachtet zu lassen. Dies umso weniger, als (gemäss Rechenschaftsbericht des Regierungsrates pro 1909, S. 93) vom 1. Oktober 1909 an ausser dem Kantonschemiker, der schon vor Erlass des Bundesgesetzes im Amte war, bereits beide im Grossratsdekret vorgesehenen Lebensmittelinspektoren (zugleich Laboratoriums-assistenten) in Funktion waren. Es ergibt sich denn auch aus einem bei den Akten liegenden Bericht der aargauischen Sanitätsdirektion an den Instruktionsrichter des Bundesgerichts, dass die Versendung von Proben an das kantonale Laboratorium tatsächlich schon lange vor dem 13. November praktiziert worden war, und dass am genannten Tage die Eingangskontrolle des Laboratoriums bereits 250 Aufträge mit zirka 800 Objekten aufwies. Sind aber danach in den übrigen Kantonsteilen die neuen gesetzlichen Vorschriften schon vor dem 13. November effektiv befolgt worden, so ist nicht einzusehen, weshalb dies nicht auch in Baden sollte möglich gewesen sein.

5. Dass zwischen der Ausserachtlassung der mehrerwähnten Vorschriften über das einzuschlagende Verfahren einerseits und der strafrechtlichen Beurteilung des vorliegenden Falles anderseits kein Kausalzusammenhang bestehe, wie das Bezirksgericht darzutun versucht, kann nicht anerkannt werden. Wenn insbesondere geltend gemacht wird, der Kassationskläger habe ja nicht behauptet, dass eine Verwechslung seiner Milchproben mit anderen Proben stattgefunden habe, so muss dies als aktenwidrig bezeichnet werden; denn in seinem Urteil vom 21. Mai 1910 konstatiert der beschwerdebeklagte Gemeinderat von Baden selber, dass die «Identität der Probe vom Beklagten bestritten» sei. Uebrigens hatte der Kassationskläger, wie bereits ausgeführt, nicht nur ein Recht darauf, dass die Identität der Proben gehörig festgestellt werde, sondern auch darauf, dass die Untersuchung durch das kantonale Laboratorium vorgenommen werde und dass eventuell eine Oberexpertise stattfinde. Es ist nun sehr wohl möglich, dass im Falle der Beobachtung der bezüglichen Vorschriften das Resultat der Untersuchung ein anderes gewesen wäre. Alsdann aber wäre offenbar auch die Schuldfrage vom Gemeinderat oder doch vom Bezirksgericht anders entschieden worden. Wie dem jedoch sei, jedenfalls ist nicht in *gesetzlicher Weise festgestellt* worden, dass der Kassationskläger minderwertige Milch auf den Markt gebracht habe. Schon das genügt aber zur Kassation des angefochtenen Urteils.

6. Endlich ist noch zu konstatieren, dass auch insofern eidgenössisches Recht verletzt worden ist, als nach dem bei den Akten liegenden Strafbefehl vom 18. November 1909 die über den Kassationskläger verhängte Busse «gemäss § 8 des Milchreglementes, d. h. des Milchreglementes der Gemeinde Baden vom 24. März 1904», ausgesprochen und auch in diesem Sinne vom Gemeinderat und vom Bezirksgericht bestätigt worden ist. Nachdem das eidgenössische Lebensmittelgesetz am 1. Juli 1909 in Kraft getreten



war, durfte selbstverständlich gemäss dem Grundsatz der derogatorischen Kraft des eidgenössischen gegenüber dem kantonalen Recht, wie auch gemäss den speziellen Derogationsklauseln der Art. 58 des Bundesgesetzes und 265 der allgemeinen bundesrätlichen Verordnung vom 29. Januar 1909, ein früher erlassenes kantonales oder städtisches Milchreglement nicht mehr als Grundlage einer Bestrafung benützt werden.

Zwar ist in der vorliegenden Kassationsbeschwerde dieser Punkt nicht besonders hervorgehoben worden. Allein nach Art. 171 O. G. hat der Kassationshof denselben von Amtes wegen zu berücksichtigen, und es ist daher das angefochtene Urteil wegen Nichtanwendung sowohl der *materiellen* als auch der *strafprozessualen* Bestimmungen des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes, bzw. der zugehörigen Verordnungen, zu kassieren.

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird dahin gut geheissen, dass das Urteil des Bezirksgerichts Baden vom 12. Juli 1910 aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung an das genannte Gericht zurückgewiesen wird.

**2. Urteil vom 21. Februar 1911. F. & S. gegen den Kleinen Rat des Kantons Graubünden. Unrichtige Herkunftsbezeichnung von Rum (Ablehnung eines vom Beklagten angebotenen Beweismittels, Anfechtung eines Expertengutachtens).**

A. Durch Urteil vom 1. November 1910 hat der Kleine Rat des Kantons Graubünden die Firma F. & S. mit 20 Franken gebüsst wegen Lieferung von unrichtig bezeichnetem Rum.

B. Gegen diesen Entscheid haben die Angeschuldigten beim Bundesgericht Kassation verlangt und folgende Anträge gestellt:

1. Es sei der genannte Strafentscheid aufzuheben und zu neuer Entscheidung an den Kleinen Rat zurückzusenden.

2. Es sei der Kleine Rat anzuhalten, den Rekurrenten den schriftlich anerbundenen Beweis abzunehmen, wonach der beanstandete Jamaika-Rum ein Originalprodukt sei.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Am 21. Juli 1910 hat der Ortsexperte von Davos im Geschäft N. eine Probe aus einer Sendung Jamaika-Rum erhoben, die von den Kassationsklägern geliefert worden war. Das kantonale chemische Laboratorium in Chur untersuchte die Probe und kam in seinem Berichte zum Ergebnis, dass sie den Anforderungen, welche das Schweiz. Lebensmittelbuch an Rum stelle, entspreche, dass dagegen die dem Original-Jamaika-Rum charakteristischen Riechstoffe darin nicht nachweisbar seien, so dass die gebrauchte Ursprungsbezeichnung Jamaika nach Art. 225 der eidgenössischen Verordnung betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 29. Januar 1909 unzulässig sei. Am 2. August schrieben die Kassationskläger dem Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden, der fragliche

Rum sei direkt vom Produzenten ab Jamaika mit allen Nachweisen importiert worden; 2514 kg davon befänden sich noch unter zollamtlichem Verschluss in Basel. Der Nachweis der Echtheit sei also leicht zu erbringen und der Kantonschemiker von Graubünden möge die gemachten Angaben in Basel selbst im Beisein des dortigen Kantonschemikers persönlich nachprüfen. Da es viele Typen echten Jamaika-Rums gebe, so beweise es nichts, wenn nun ein Typ nicht gerade auf das Muster passe, auf das sich der Kantonschemiker zu stützen scheine. Das Sanitätsdepartement stellte es sodann den Kassationsklägern anheim, eine Oberexpertise zu verlangen, worauf sie mit Schreiben vom 16. August ein Begehren in diesem Sinne anbrachten und sich neuerdings auf ihre Erklärungen vom 2. August beriefen. Das Departement holte hierauf zunächst einen Bericht des Kantonschemikers über die von den Kassationsklägern gestellten Anträge ein und teilte ihnen dann am 24. August entsprechend diesem Berichte mit: es werde eine Oberexpertise angeordnet, ihr aber nur der an K. gelieferte Rum unterstellt, da dieser allein in Graubünden untersucht und beanstandet worden sei, während der in Basel lagernde den vorliegenden Fall nichts angehe. Als Experten wurden bezeichnet die Herren X., Y. und Z., der letztere nach Vorschlag der Kassationskläger. Jeder der drei Experten erstattete einen besonderen Bericht. Zwei von ihnen, die Herren X. und Y., gelangten zum Schlusse, dass man es zwar mit einem echten Rum, aber nicht mit Original-Jamaika-Rum zu tun habe, und in gleichem Sinne äusserte sich der von ihnen beigezogene Degustator. Der Experte Z. dagegen sprach sich dahin aus, dass weder die Degustation noch die chemische Prüfung der Probe einen Anhaltspunkt boten, der die Echtheit der Probe als Jamaika-Rum bezweifeln liesse. Auf Grund dieser Expertise hat der Kleine Rat gegen die Kassationskläger das anfangs mitgeteilte Straferkenntnis ausgefällt.

2. Die Kompetenz des Bundesgerichtes ist gegeben. Im besonderen wird die «Verletzung einer eidgenössischen Rechtsvorschrift» nach Art. 163 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege behauptet, nämlich des Art. 225 der Verordnung betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 29. Januar 1909. Zu bemerken ist dagegen, dass das zweite Kassationsbegehren, wonach der Kassationshof die Vorinstanz zu einer Beweisabnahme zu verhalten hätte, in dieser Form nicht zugesprochen werden kann. Denn nach Art. 172, Abs. 1 O. G. hat sich der Kassationshof bei Guttheissung einer Beschwerde darauf zu beschränken, das angefochtene Erkenntnis aufzuheben, und er ist nicht befugt, daran anschliessend der kantonalen Instanz noch bestimmte Weisungen über das weitere Verfahren zu erteilen. Damit ist freilich nicht gesagt, dass dann die Vorinstanz über ihr weiteres Vorgehen in der Sache schlechthin selbständig zu befinden hätte. Laut dem Abs. 2 des Art. 173 soll sie vielmehr die dem Kassationsentscheide zu Grunde liegende rechtliche Beurteilung auch ihrem neuen Entscheide zu Grunde legen. Und folgerichtig hat sie sich nicht nur bei ihrer Entscheidung selbst, sondern auch bei dem ihr



vorangehenden prozessualen Verfahren nach dem Inhalte der bundesgerichtlichen Urteilsbegründung zu richten. Müsste somit hier der Kassationshof in seiner Urteilsbegründung die Unterlassung der verlangten Beweiserhebung als bundesrechtswidrig rügen, so ergäbe sich für die Vorinstanz von selbst die Pflicht, diese Beweise nachträglich abzunehmen, ohne dass es eines Begehrens, wie es die Kassationskläger gestellt haben, bedürfte. Auf dieses Begehren ist somit nicht einzutreten.

3. Was die Sache selbst betrifft, so erblicken die Kassationskläger eine Verletzung des angerufenen Art. 225 der Lebensmittelverordnung zunächst eben darin, dass die Vorinstanz jenen von ihnen angerufenen Beweis nicht abgenommen habe, indem sie bei der Entscheidung, ob das beanstandete Probequantum Jamaika-Rum sei oder nicht, ausschliesslich auf die Oberexpertisen und den Degustator abgestellt habe, statt, wie die Kassationskläger verlangten, auch noch zu prüfen, ob sich die Eigenschaft als Jamaika-Rum nicht aus einer Vergleichen mit dem in Basel unter Zollverschluss liegenden Vorrat und den zur Einlegung anerbieten Beweisdokumenten ergebe. In der Ablehnung dieser Beweisofferte kann nun aber eine Verletzung des Art. 225 nicht liegen, weil dieser einzig die materielle Vorschrift aufstellt, dass Branntweine und Liqueure mit einer bestimmten Ursprungsbezeichnung aus dem betreffenden Lande importierte Originalprodukte sein müssen, dagegen in keiner Beziehung etwas darüber bestimmt, auf welchem Wege die Beschaffenheit einer solchen Ware als Originalprodukt dargetan sein solle oder könne. Irgendwelche Beweisvorschriften hierüber stellt auch sonst weder die vorliegende Verordnung noch das Lebensmittelgesetz selbst auf, und die Kassationskläger haben denn auch nichts gegenteiliges behauptet. Eine die Kassation rechtfertigende Verletzung von Bundesrecht liegt somit in diesem Punkte nicht vor. Wenn auch der Grund, wegen dessen die Vorinstanz den angetragenen Beweis abgelehnt hat (dass nämlich der in Basel lagernde Rum den vorliegenden Fall nichts angehe), nicht wohl überzeugend sein mag, und wenn sich auch in Hinsicht auf die in Frage stehenden Interessen der Angeschuldigten und auf die Schwierigkeiten einer zweifellosen Feststellung der Herkunft solcher Waren eine möglichst vollständige Abklärung des Tatbestandes empfohlen haben möchte, so handelte es sich doch dabei ausschliesslich um Beweisfragen, deren Lösung dem kantonalen Richter allein zusteht.

4. Entsprechendes gilt von dem weiter noch geltend gemachten Kassationsgrunde, dass der Hauptexperte Herr X. sein Gutachten nicht auf einwandfreier Grundlage abgegeben habe, weil er den konstatierten Säuregehalt von 0,3 g pro Liter als für Jamaika-Rum zu niedrig bezeichne und ein Minimum von 0,7 fordere, während Prof. K. in B. bei echtem Jamaika-Rum einen Säuregehalt von sogar nur 0,1 konstatiert habe. Man hat es hier ausschliesslich mit Tatfragen technischer Natur zu tun, deren Lösung, im einen oder anderen Sinne, eine rechtlich unrichtige Anwendung des Art. 225 nicht in sich schliessen kann.

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird abgewiesen.

### 3. Jugement du 21 février 1911. D. contre un arrêt de la Cour de Cassation pénale du Canton de Vaud.

#### Ecrémage du lait (vice de forme portant sur les formalités prescrites pour le contrôle).

A. L'expert local, accompagné d'un délégué de la municipalité de R., procéda le 6 juin 1910 à l'inspection de la laiterie de R. Le procès-verbal d'inspection mentionne entre autres échantillons de lait prélevés par l'expert un échantillon n° 15 et en indique comme « provenance » l'agriculteur D. à R. Le procès-verbal porte les signatures du délégué municipal, de l'expert local et du laitier E., détenteur de la laiterie de R. L'échantillon en question fut envoyé le même jour au laboratoire cantonal pour être analysé. Le rapport d'analyse, daté du 11 juin 1910, contient les conclusions suivantes: « l'échantillon (n° 15) pris à la laiterie de R. le 6 juin était falsifié. Il n'est pas possible de se prononcer affirmativement pour le mouillage, mais il y a eu soustraction de 30 % environ de la matière grasse. »

Sur la demande de D., il fut procédé à une surexpertise de l'analyse du laboratoire cantonal. Les experts constatant « la faible teneur en matière grasse et en résidu du lait du 6 juin », conclurent à « l'écémage » de ce lait.

Entendu par le Préfet du district de Lausanne le 2 août 1910, D. « proteste énergiquement contre l'accusation d'avoir écémé le lait livré par lui à la laiterie de R. »

Estimant que la cause échappait à sa compétence, le Préfet transmet le dossier au parquet.

B. Une enquête fut ouverte et D. renvoyé devant le tribunal de police du district de Lausanne comme prévenu de contravention à la loi fédérale sur le commerce des denrées alimentaires. A l'audience de jugement, D. fit valoir, outre ses moyens de défense au fond, un moyen exceptionnel consistant à soutenir que le procès-verbal d'inspection du 6 juin n'était pas conforme aux art. 12 L. f. sur les denrées alimentaires, 12 et 15 du règlement pour le prélèvement des échantillons de denrées alimentaires et objets usuels, du 29 janvier 1909, 9 et 10 de la loi d'application vaudoise du 16 novembre 1909.

Par jugement du 6 septembre 1910, le Tribunal de police a écarté préjudiciellement le prédit moyen exceptionnel par le motif que le prévenu par ses actes (absence de protestation contre la procédure suivie et demande d'une surexpertise) avait « implicitement renoncé » à critiquer le prélèvement de l'échantillon de lait par la commission d'inspection et « expressément reconnu » que l'échantillon prélevé provenait bien du lait apporté par lui à la laiterie le 6 juin.

Statuant au fond, le Tribunal a condamné D, en application de l'art. 37 al. 3 L. f. sur le commerce des denrées alimentaires, à la peine de 10 francs d'amende.

A l'appui de ce prononcé, le jugement expose « qu'il résulte des rapports d'expertise produits, avec la plus grande certitude, que les quelques litres



de lait (7 à 8) apportés par D. à la laiterie de R., le 6 juin au matin, avaient fait l'objet d'un écrémage, soit soustraction du 30 % environ de la crème, soit matière grasse qui se trouvait naturellement dans le lait au moment de la traite.»

C. D. recourut en nullité et en réforme contre cette condamnation à la Cour de cassation pénale du Canton de Vaud, qui, par arrêt du 4 octobre 1910, a statué comme suit:

«I. Le recours est écarté.

II. Le jugement rendu le 6 septembre 1910 par le Tribunal de police du district de Lausanne dans la cause D. est maintenu . . .».

La Cour a écarté le moyen de la nullité basé sur la violation des règles essentielles de la procédure par le motif que cette cause de nullité (art. 490 code de procédure pénale litt. e) vise exclusivement la procédure devant le Tribunal et non les irrégularités antérieures au moment où le Tribunal a été nanti.

Quant aux moyens de réforme du recourant, l'instance cantonale a considéré que les griefs touchant la procédure du prélèvement ne sauraient être admis «vu la position prise par D. (absence de protestation contre les opérations faites et requête de surexpertise), attitude qui exclut le doute au sujet de la provenance de l'échantillon analysé. L'écrémage du lait est incontestable au regard des expertises. D. ne peut prétendre n'avoir commis aucune négligence, car il y a lieu d'admettre à tout le moins qu'il n'a pas suffisamment surveillé le personnel placé sous ses ordres.

D. C'est contre cet arrêt que D. a recouru devant la Cour de cassation pénale du Tribunal Fédéral en concluant à l'annulation du prononcé déféré et au renvoi de la cause devant l'autorité cantonale pour nouveau jugement.

*Statuant sur ces faits et considérant en droit :*

1. Le recours est régulier en la forme. Il a été interjeté en temps utile et le mémoire prévu par l'art. 167 Organisation judiciaire fédérale a été présenté dans le délai légal. Le prononcé attaqué constitue un jugement au fond, de seconde instance, rendu par un Tribunal cantonal en matière d'infraction à une loi fédérale. Le recourant invoque la violation de dispositions du droit fédéral. Le recours est donc recevable et la compétence du Tribunal fédéral acquise.

2. Le recourant soutient que sa condamnation a été prononcée en violation de l'art. 12 de la loi fédérale sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels du 8 décembre 1905, des art. 6, 12 et 15 du règlement fédéral pour le prélèvement des échantillons de denrées alimentaires et objets usuels, du 29 janvier 1909, et de l'art. 9 de l'ordonnance fédérale concernant le commerce des denrées alimentaires etc. du 29 janvier 1909. L'inspection du 6 juin 1910 n'a pas eu lieu en conformité des dispositions légales précitées qui sont impératives (art 6 du règlement). Leur inobservation entraîne la nullité de toute la procédure du prélèvement de l'échantillon et conduit à la libération du recourant, qui n'a jamais ex-

plicitement renoncé à se prévaloir des informalités commises. Les faits retenus à cet égard par les instances cantonales ne sont pas concluants. Au reste, le recourant a contesté et conteste encore que le lait prélevé le 6 juin provienne de son étable. En tout état de cause, on ne saurait lui reprocher de s'être rendu coupable de dol (ce qu'on n'a jamais soutenu) ni même de négligence. La cour de cassation cantonale n'a pu admettre un défaut de surveillance de la part du recourant qu'en complétant le jugement du tribunal de police. Or le code de procédure pénale vaudois n'autorise pas l'instance de recours à compléter les circonstances de fait établies par le tribunal inférieur.

3. A l'encontre de cette argumentation du recourant, il y a lieu de relever tout d'abord que l'instance cantonale a établi en fait que l'échantillon dont il s'agit provenait bien du lait apporté par le recourant à la laiterie le 6 juin 1910. La cour cantonale base cette constatation sur les faits établis par le tribunal de police. Elle retient notamment la circonstance que D., lorsqu'il a été entendu par le préfet, s'est borné « a protester contre l'accusation d'avoir écrémé son lait et n'a formulé aucune observation ni réserve au sujet de la procédure suivie. » En outre, la cour fait état de ce que le recourant, en requérant la surexpertises, a « expressément reconnu » la provenance de l'échantillon.

Ces constatations sont de pures constatations de faits, qui ne sauraient être infirmées que si elles sont en contradiction avec les pièces du dossier ou si elles reposent sur une appréciation des preuves contraires aux dispositions légales fédérales.

Dans cette ordre d'idées, le recourant soutient que les prescriptions de la loi et du règlement en question doivent être strictement observées. Une infraction à la loi fédérale sur le commerce des denrées alimentaires ne peut être réprimée que sur la base d'un état de fait établi en conformité de toutes les formalités édictées, qui sont essentielles et impératives. Les débats devant le tribunal ne sauraient remplacer la procédure probatoire prévue par les dispositions du droit fédéral.

L'instance cantonale combat cette argumentation en disant que les informalités signalées par le recourant ne pourraient justifier sa libération que « s'il pouvait y avoir doute au sujet de l'échantillon analysé ». A cet égard, il faut observer que la législation fédérale sur le commerce des denrées alimentaires ne pose nulle part le principe allégué par le recourant, que la condamnation d'un prévenu n'est possible que si toutes les formalités prescrites pour le contrôle ont été remplies. Le recourant fait état tout particulièrement de la disposition de l'art. 6, règlement fédéral cité, aux termes duquel « le prélèvement des échantillons doit être fait avec assez de soin pour exclure, dans le cas où la marchandise ne serait pas trouvée de bon aloi, toute possibilité d'une opposition de *droit* basée sur la manière dont le prélèvement a été pratiqué »; mais on ne saurait déduire de cette disposition que tout prélèvement entaché d'un vice de forme est



de ce fait nul et non avenu. L'article en question du règlement ne contient qu'un avertissement donné aux fonctionnaires chargés d'opérer le prélèvement. Et c'est au juge seul qu'il appartient d'examiner si « l'opposition de droit » est fondée et quelle portée il convient de lui attribuer.

Les instances cantonales ont procédé à cet examen. Elles se sont basées sur la constatation que les actes concluants du recourant avaient démontré qu'au cours de la procédure administrative, il n'avait pas contesté l'identité du lait analysé. Et les juges cantonaux ont admis que cette attitude impliquait une reconnaissance de l'identité, qui demeurerait acquise et qui était déterminante pour le procès pénal. Ce faisant, ils n'ont violé aucun principe du droit fédéral.

Du moment que l'identité de l'échantillon est définitivement établie, les critiques adressées par le recourant aux procédés de l'enquête administrative deviennent sans objet. Le recourant n'a en effet pas incriminé les deux expertises qui concluent à l'écémage du lait de l'échantillon n° 15, prélevé le 6 juin à la laiterie de R.

Dès lors, les conditions prévues à l'art. 37, al. 1 L. f. citée, apparaissent comme réalisées.

4. En ce qui concerne la question de savoir si le recourant s'est rendu coupable d'un acte intentionnel ou s'il a agi par négligence, l'instance cantonale admet, en fait, « qu'à tout le moins » il n'avait pas « suffisamment surveillé le personnel placé sous ses ordres ». Cette constatation lie le Tribunal fédéral, qui n'a pas à examiner si elle viole les règles du droit de procédure cantonal, ainsi que le soutient le recourant.

Quant à la conclusion que la Cour vaudoise tire de ce défaut de surveillance, elle est parfaitement soutenable en droit. L'instance cantonale pouvait, sans heurter la notion de la négligence en droit fédéral, considérer que l'acte imputable au recourant tombait sous le coup de l'art. 37 al. 3 L. f. citée.

Par ces motifs la Cour de cassation pénale du Tribunal fédéral prononce :  
Le recours est écarté.

#### 4. Urteil vom 30. März 1911.

##### **K. gegen das Obergericht des Kantons Obwalden. Milchfälschung (Entzug des Aktivbürgerrechtes als Nebenstrafe).**

A. Durch Urteil vom 14. Januar 1911 hat das Obergericht des Kantons Obwalden den Kassationskläger der Milchfälschung schuldig erklärt und in Anwendung von Art. 36 des Lebensmittelgesetzes, Art. 17 der kantonalen Vollziehungsverordnung hierzu und Art. 8 des kantonalen Polizei-Strafgesetzes erkannt:

I. K. wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat, verbunden mit angemessener Beschäftigung, und weiterhin mit einer Geldbusse von Fr. 150.— belegt.

II. Wird er auf die Dauer eines Jahres im Aktivbürgerrecht eingestellt...

B. Gegen Dispositiv II dieses Urteils hat der Kassationskläger rechtzeitig die Kassationsbeschwerde an den Kassationshof des Bundesgerichtes ergriffen mit dem Antrag, es aufzuheben.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Art. 36 des Lebensmittelgesetzes bestimmt: «Wer zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr Lebensmittel nachmacht oder verfälscht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Busse bis Fr. 2000 oder bloss mit Gefängnis oder Busse bestraft.» Obwohl diese Gesetzesbestimmung die Strafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht nicht vorsieht, hat sie das Obergericht auf Grund des Art. 42 des Lebensmittelgesetzes ausgesprochen, indem es davon ausging, dass sämtliche Bestimmungen des I. Abschnittes des Bundesstrafrechtes Anwendung fänden und somit auch die Einstellung im Aktivbürgerrecht als Strafe zulässig sei, weil sie im Bundesstrafrecht ausdrücklich vorbehalten werde. Zum Schlusse hat es ausgeführt, dass diese Strafe um so gerechtfertigter sei, weil es sich um einen Missbrauch des öffentlichen Glaubens handle und der Verlust des Aktivbürgerrechtes unter Umständen die Unfähigkeit, als Zeuge vor Gericht aufzutreten, nach sich ziehe. Art. 8 des obwaldischen Polizei-Strafgesetzes, das im angefochtenen Urteil auch angerufen wird, lautet: «Die Einstellung im Aktivbürgerrechte begreift den zeitweisen Ausschluss von der Stimm- und Wahlfähigkeit und von allen politischen Bürger- und Genossenversammlungen. Ob die im Aktivbürgerrecht Eingestellten noch als vollgültige Zeugen zulässig, entscheidet das Gericht nach freiem Ermessen. Der moralische Beweis ihrer Zeugenfähigkeit durch Zeugnisse muss erstellt werden. Weitere Folgen der Ehrlosigkeit sind mit der Einstellung im Aktivbürgerrecht nicht verbunden.»

2. Der Kassationskläger stützt seine Beschwerde darauf, dass Dispositiv II des angefochtenen Urteils bundesrechtswidrig sei, weil das Lebensmittelgesetz die Strafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht nicht vorsehe und die Anwendung des Art. 8 obwald. Polizeistrafgesetzes ausgeschlossen sei.

3. Das Obergericht hat in seiner Beschwerdebeantwortung ausgeführt, die Strafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht sei deswegen zulässig, weil es sich um eine Idealkonkurrenz von Betrug und Lebensmittelfälschung handle und Art. 87 des Polizeistrafgesetzes für einen Betrug, der den Betrag von Fr. 20 bzw. 25 übersteige, jene Strafe ausdrücklich festsetze.

4. Nach dem Kassationsantrag, der sich ausdrücklich auf Dispositiv II des angefochtenen Entscheides beschränkt, ist gemäss Art. 171 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege einzig zu prüfen, ob die Einstellung im Aktivbürgerrecht eine Verletzung eidgenössischen Rechtes bedeute oder nicht.

5. Dabei darf auf die vom Obergericht eingereichte Vernehmlassung auf die Kassationsbeschwerde nicht abgestellt werden, da diese Rechtsschrift als unzulässig bezeichnet werden muss. Nach Art. 169 O. G. ist die Kassationsbeschwerde nur der «Gegenpartei», nicht aber der Behörde, die den



angefochtenen Entscheid erlassen hat, zur Antwort zuzustellen, und in diesem Sinne hat denn auch die Verfügung des Instruktionsrichters gelaute. «Gegenpartei» ist hier, wo es sich um ein von Amtes wegen zu verfolgendes Delikt handelt, die mit der Strafverfolgung betraute kantonale Behörde. Das Instruktionsverfahren in Strafkassationsfällen unterscheidet sich in der gedachten Richtung vom staatsrechtlichen Rekursverfahren (vergl. Art. 184 O. G.) und nähert sich dem Verfahren bei der Berufung, wie denn auch die rechtliche Stellung des Kassationshofes mit derjenigen des Bundesgerichtes als Berufungsinstanz Verwandtschaft zeigt. Der Kassationshof hat hiernach nicht speziell zu untersuchen, ob die in der Vernehmlassung vertretene Auffassung richtig sei, dass das eidgenössische Delikt der Lebensmittelfälschung mit dem Tatbestand des kantonalen Deliktes des Betruges ideal konkurrieren könne; er hat vielmehr bei Prüfung der Kassationsbeschwerde einzig auf den Inhalt des angefochtenen Urteils selbst abzustellen (vergl. Erwägung 6 hiernach).

6. Es ist nun von vorneherein klar, dass sich die Bestrafung mit Entziehung des Aktivbürgerrechtes nicht auf Grund der vom angefochtenen Urteil mitangerufenen Bestimmung des kantonalen Polizeistrafgesetzes rechtfertigen lässt; denn diese Bestimmung kann bei den Delikten nach dem Lebensmittelgesetz nicht Anwendung finden; die Strafen sind ausschliesslich in der eidgenössischen Gesetzgebung selbst geregelt. Sollte aber diese Auffassung den Sinn haben, dass eine Idealkonkurrenz der Lebensmittelfälschung mit einem Delikt des kantonalen Strafrechtes angenommen werden wollte, so wäre zu sagen, dass für eine solche Idealkonkurrenz kein Raum ist. Das eidgenössische Lebensmittelgesetz regelt die einschlägigen Materien ausschliesslich, und es bleibt daneben für irgendwelche Bestimmungen des kantonalen Strafrechtes kein Raum, soweit das eidgenössische Recht selbst keinen Vorbehalt enthält. Das ist aber nur der Fall in Art. 38 Schlusssatz des Gesetzes, der hier offenbar nicht zutrifft. Dagegen ist nunmehr zu prüfen, ob sich die angefochtene Bestrafung nicht auf Grund der bundesrechtlichen Bestimmung rechtfertigt, welche die Vorinstanz ebenfalls anruft.

7. Nach Art. 42 des Lebensmittelgesetzes finden bei Beurteilung von Verbrechen oder Uebertretungen im Sinne dieses Gesetzes die allgemeinen Bestimmungen des ersten Abschnittes des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 4. Februar 1853, Anwendung. Art. 2 des Bundesstrafrechtes sieht als Strafen unter anderem den Verlust des Aktivbürgerrechtes vor, und nach Art. 4 und 5 kann mit der Gefängnisstrafe «(Amtsentsetzung sowohl als) der Verlust des Aktivbürgerrechtes verbunden werden, auch wenn das Gesetz diese letzteren Strafen nicht ausdrücklich verordnet.» Falls diese Bestimmung bei Beurteilung von Delikten nach dem Lebensmittelgesetz zur Anwendung kommt, so hat daher die Vorinstanz mit Recht und ohne Verletzung eidgenössischen Rechtes die Strafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht verhängt. Nun spricht für die Anwendbarkeit zunächst freilich der ganz allgemeine Wort-

laut des Art. 42 des Lebensmittelgesetzes. Es wird denn auch kaum bestritten werden können, dass z. B. die Absätze 1 und 2 des Art. 4 des Bundesstrafrechtes, welche die Gefängnisstrafe definieren und näher regeln, auch auf solche Gefängnisstrafen anwendbar sind, welche in Gemässheit eidgenössischer Spezialgesetze, wie gerade des Lebensmittelgesetzes, ferner des Patentgesetzes usw. ausgesprochen werden. Eine nähere Betrachtung des Gesetzes und seiner Entstehungsgeschichte zeigt aber, dass der Sinn des gedachten Art. 42 des Lebensmittelgesetzes doch nicht ein ganz allgemeiner sein kann, und dass insbesondere durch diese Bestimmung nicht andere, im Lebensmittelgesetz nicht vorgesehene Strafen indirekt haben eingeführt werden wollen.

Gegen diese allgemeine Auffassung spricht zunächst die Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Art. 42 hat eine Bestimmung ersetzt, die ursprünglich folgendermassen lautete: «Soweit dieses Gesetz keine besonderen Vorschriften enthält, finden die kantonalen Strafrechtsbestimmungen sinngemäss Anwendung» (Art. 34, Abs. 1 des bundesrätlichen Entwurfes vom 28. Februar 1899). Erst im Laufe der Beratung in den eidgenössischen Räten ist dann, unter besonderer Bezugnahme auf den Fall Iff gegen Bundesanwaltschaft, BGE 27—I. S. 537 ff., die heutige Bestimmung an Stelle der angeführten getreten. Nun ist gewiss klar, dass die Bestimmung, welche auf die kantonalen Gesetze hinwies, nicht solche Vorschriften im Auge hatte, die von Nebenstrafen handeln; vielmehr waren darunter die allgemeinen Bestimmungen der kantonalen Strafrechte über Schuld, Zurechnung, Täterschaft, Verjährung usw. verstanden, wie denn auch in der Diskussion ausschliesslich auf diese Punkte Bezug genommen worden ist (vergl. sten. Bulletin 1899 S. 344, Votum Scherb, 1894 S. 86, Voten Eggspühler und Gottofroy). Dem jetzigen Art. 42 kann wohl schon aus diesem Grunde keine weitergehende Bedeutung beigelegt werden, als sie dem ursprünglichen Entwurf zukam.

Dazu kommt aber als ausschlaggebend, dass auch die ganze Tendenz und Fassung des Lebensmittelgesetzes wie seine Entstehungsgeschichte darauf hinweisen, dass es die Strafen und Strafarten für die in ihm normierten Delikte abschliessend und ausschliesslich regeln wollte. Es kennt als Hauptstrafen Gefängnis, wobei es in Art. 39, 40 und 41 das Wort «Gefängnis» durch «Haft» ergänzt, und Bussen, als Neben- oder Zusatzstrafen Konfiskation (Art. 44), Untersagung des Berufes oder Gewerbes (Art. 46), Veröffentlichung des Strafurteils (Art. 47). Die Regelung dieser besondern Nebenstrafen findet sich im Gesetz *nach* dem allgemeinen Grundsatz des Art. 42, der auf das Bundesstrafrecht verweist, im Anschluss an eine besondere Bestimmung über den Rückfall (Art. 43). Schon aus dieser Stellung der Bestimmungen über Zusatzstrafen im Gesetz ist zu schliessen, dass sie abschliessend geordnet werden wollten, und dass nun nicht noch überdies die Bestimmungen des Bundesstrafrechtes Anwendung finden sollten. Die Heranziehung der Nebenstrafe des Verlustes des Aktivbürgerrechtes auf Grund



des Art. 4 Abs. 5 B. St. R. in Lebensmitteldelikten geht gewiss ebensowenig an, wie etwa die Verhängung der Strafe der Landesverweisung (bei ausländischen Tätern) nach Art 5 *ibid.* Die Bestimmung des Abs. 5 des zitierten Art. 4 B. St. R. ist nach dieser Richtung qualitativ verschieden von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2; sie geht viel weiter, indem sie eben die Verhängung des Verlustes des Aktivbürgerrechtes als Nebenstrafe einführt.

Es kann denn auch gewiss unbedenklich der allgemeine Satz vertreten werden, dass überall da, wo Bundesspezialgesetze Strafnormen aufstellen und für Delikte Gefängnisstrafen und Bussen androhen, diese Strafen ausschliesslich in den Spezialgesetzen geregelt sind und daneben nicht noch, auf Grund von Art. 4, Abs. 5 B. St. R., die Nebenstrafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht verhängt oder als zulässig erklärt werden wollte. So z. B. bei Art. 13 Urh. R. Ges.; Art. 25 und 26 M. Sch. G.; Art. 25 Pat. Ges. vom 29. Juni 1888/23. März 1893; Art. 20 M. M. G. vom 21. Dezember 1888 und Art. 25 desjenigen vom 30. März 1900; Art. 39 Pat. Ges. vom 21. Juni 1907. Es ist dem Bundesgericht kein Fall bekannt, dass je ein kantonales Gericht Veranlassung genommen hätte, bei Delikten nach diesen Gesetzen auf Grund des Art. 4, Abs. 5 B. St. R. die Zusatzstrafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht auszusprechen, obschon auch auf diese Gesetze nach dem Präjudiz des Kassationshofes in Sachen Iff die allgemeinen Bestimmungen des B. St. R. Anwendung finden. Weshalb für das Lebensmittelgesetz etwas anderes gelten sollte, ist nicht einzusehen. Der Umstand allein, dass bei diesem Gesetze sich die Einstellung im Aktivbürgerrecht wegen der Natur der betreffenden Delikte besonders rechtfertigen würde, könnte nur *de lege ferenda* einen Grund bilden. Uebrigens sind auch Fälle von Patent- usw. Verletzungen denkbar, in denen die Verhängung jener Nebenstrafe sich als wünschbar erweisen könnte.

Diese Erwägungen ergeben, dass die angefochtene Bestrafung bundesrechtswidrig ist, sodass die Kassationsbeschwerde gutzuheissen und das angefochtene Dispositiv aufzuheben ist.

Da die Vorinstanz ferner gemäss Art. 172 O. G. eine neue Entscheidung zu treffen hat, ist vom Kassationshof auch eine solche zu verfügen, obschon hier wohl durch die Aufhebung des angefochtenen Dispositivs alle nötige Remedur geschaffen würde.

Demgemäss hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird gutgeheissen. Demgemäss wird das Urteil des Obergerichtes des Kantons Unterwalden ob dem Wald vom 14. Januar 1911 aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung an dieses Gericht zurückgewiesen . . . .

### 5. Jugement du 30 mars 1911. D. contre Cour de cassation pénale du Tribunal cantonal vaudois.

**Ecrémage du lait (vice de forme portant sur les formalités prescrites pour le contrôle; application de l'art. 37, alinéa 2 de la loi du 8 décembre 1905).**

A. En date du 8 octobre 1910, le chef du contrôle des boissons et denrées de Vevey, le chimiste R., a adressé au Préfet du District de Vevey le rapport suivant: «Vendredi 7 octobre, le char de Mr. D., laitier étant arrêté dans une des rues de Vevey l'agent sanitaire C. y a prélevé deux échantillons de lait dans deux vases différents. D'après le domestique conduisant le char, l'un des vases renfermait du lait écrémé qu'il devait livrer à un boucher de la ville élevant des veaux, mais malgré toutes les demandes de C., ce dernier ne put obtenir aucun renseignement sur ce boucher. Nom et domicile, le domestique avait tout oublié. A l'analyse, ces deux laits ont donné les résultats suivants:

	Densité	Graisse	Résidu
A	1,0330	3,9 %	13,2 g
B	1,0334	2,35 %	11,4 g

qui montrent que le lait A est très bon, et que le lait B (celui destiné au boucher inconnu) est à moitié écrémé. Il y avait approximativement 25 litres de ce liquide dans un vase de 40 environ. Il est à supposer, si l'on ne peut découvrir ce boucher mystérieux, que ce lait était simplement destiné à la vente au public soit seul, soit peut-être s'ajoutant par fractions dans les autres vases à mesure que leur niveau baissait. P. S. D'après une enquête faite par Mr. C., aucun boucher à Vevey n'a des veaux à l'élevage actuellement.»

Par lettre du 10 octobre 1910, le Préfet a transmis ce rapport au Parquet du Procureur général pour contravention à l'art. 12 de l'ordonnance du 29 janvier 1909 concernant le commerce des denrées alimentaires.

B. Dans son audience du 11 novembre 1910, le Tribunal de police du district de Vevey a condamné D. à une amende de 300 francs et aux frais de la cause. Ce jugement est motivé de la façon suivante: «Qu'il est résulté des débats que le prévenu D. est coupable d'avoir à Vevey, le 7 octobre 1910, mis en vente et en circulation du lait écrémé, soit contenant 2,35 % seulement de graisse et contrevenu aux art. 12 et 19 de l'ordonnance fédérale du 29 janvier 1909 concernant le commerce des denrées alimentaires, le dit lait ayant été offert en vente au public autrement que sur commande, soit placé sur un char contenant des boilles de lait entier destiné à la vente au public, l'art. 37 al. 2 de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires étant applicable, le délinquant ayant agi avec intention.»

C. D. a recouru en réforme contre ce jugement auprès de la Cour de Cassation pénale vaudoise. Il soulève un premier moyen principal consistant



à dire que: «les formes légales prescrites pour établir l'existence même de l'infraction pénale, formes qui tiennent lieu d'enquête judiciaire et sont prévues par la législation spéciale au commerce des denrées alimentaires, n'ont pas été remplies,» et un second moyen subsidiaire consistant à dire que les faits établis à sa charge ne constituent qu'une simple contravention à l'art. 19 de l'ordonnance fédérale du 29 janvier 1909 devant entraîner l'application de l'art. 53, loi du 8 décembre 1905. Par arrêt du 20 décembre 1910, la Cour de Cassation pénale du Canton de Vaud a écarté le recours et maintenu le jugement du Tribunal de Police du district de Vevey. Cet arrêt se base essentiellement sur les motifs suivants:

I. En ce qui concerne le premier moyen invoqué, le recourant aurait dû faire devant le Tribunal de première instance déjà, toutes réquisitions utiles pour parer aux conséquences des irrégularités commises, et d'autre part ces informalités n'ont exercé aucune influence sur le jugement.

II. En ce qui concerne le second moyen subsidiaire, le Tribunal de Police constate que D. a mis en vente et en circulation du lait en partie écrémé, cela avec intention et que c'est dès lors à juste titre que le Tribunal a fait application de l'art. 37 al. 2 de la loi fédérale du 8 décembre 1905.

D. Par acte du 9 janvier 1911, D. a recouru à la Cour de Cassation pénale du Tribunal fédéral contre cet arrêt, en concluant à ce qu'il plaise à la Cour:

1. Annuler l'arrêt de la Cour de Cassation pénale du canton de Vaud du 20/31 décembre 1910 prononçant que le recours interjeté contre le jugement du Tribunal de police de Vevey est écarté, que ce jugement de police est maintenu et que les frais de l'arrêt cantonal en question sont mis à la charge du recourant.

2. Renvoyer l'affaire à l'autorité cantonale pour qu'elle statue à nouveau en l'état du dossier, la dite autorité devant prendre pour base de sa décision les considérants de droit de l'arrêt fédéral de cassation.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

1. Le recours est régulier en sa forme.

2. Le recours s'appuie tout d'abord sur les irrégularités qui ont été commises par les fonctionnaires chargés du contrôle des denrées alimentaires, soit lors du prélèvement des échantillons, soit dans la procédure administrative qui a abouti au renvoi de D. devant le Tribunal de police de Vevey. Le recourant invoque expressément la violation du règlement du 29 janvier 1909 pour le prélèvement des échantillons des denrées alimentaires et de la loi vaudoise d'exécution du 16 novembre 1909.

Il résulte avec certitude des pièces du dossier que le fonctionnaire chargé du contrôle ne s'est pas conformé, lors du prélèvement des échantillons de lait, aux obligations prescrites par ces dispositions. Dans son préavis, le Parquet du Procureur général du canton de Vaud ne fait aucune difficulté pour le reconnaître: «On peut dire que rien de ce que prescrit la loi n'a été observé.» Mais ce qu'il y a, dans le cas particulier, de spécialement

grave c'est que le chef du contrôle des denrées alimentaires de Vevey, dans une explication qu'il a fournie sur la demande du Parquet du Procureur général, bien loin de chercher à s'excuser des irrégularités commises, doit reconnaître lui-même qu'il a définitivement adopté un mode de procéder absolument anti-règlementaire: «... les prélèvements se faisant dans des conditions souvent désavantageuses (plein air, dans la rue, par la pluie, le vent) on n'utilise pas les grands formulaires de prélèvement peu pratiques....», et plus loin: «.... c'est de cette façon qu'il a toujours été procédé et jusqu'à présent il n'a pas été fait d'observation sur ce mode d'opérer malgré le grand nombre de cas jugés par le Tribunal...»

3. Tout en reconnaissant leur existence, l'arrêt dont est recours part du point de vue que les informalités commises, auxquelles le recourant aurait du reste pu remédier en présentant devant le Tribunal de première instance toutes réquisitions utiles, n'étaient pas de nature à exercer une influence quelconque sur le jugement, et ne sauraient ainsi motiver l'admission du recours. En effet les résultats de l'analyse sont admis par le recourant qui ne conteste ni l'identité du lait prélevé, ni sa qualité de «lait écrémé».

En opposition à cette manière de voir, le recourant prétend qu'en ne se conformant pas à la procédure prévue et notamment en négligeant, contrairement à la disposition de l'art. 12 du règlement pour le prélèvement des échantillons des denrées alimentaires du 29 janvier 1909, de dresser un procès-verbal détaillé mentionnant entre autres le prix de vente de la marchandise, le fonctionnaire du contrôle a laissé échapper certaines circonstances de fait qui pouvaient seules permettre au Tribunal d'établir la nature particulière de l'infraction relevée.

Le lait étant reconnu écrémé, on peut dire que le défaut de procès-verbal constatant les autres circonstances de fait n'était pas un vice irrémédiable, le Tribunal pouvant s'entourer de tous les renseignements voulus pour préciser les circonstances dans lesquelles l'infraction s'était produite et en déterminer la nature juridique au regard de la loi.

4. Mais le jugement du Tribunal de Police de Vevey ne contient aucune constatation de fait permettant d'établir quelle est, en droit, l'infraction commise par D. Ce jugement se borne purement et simplement à reproduire, en lieu et place d'un exposé des faits, les termes même de l'art. 37 de la loi fédérale du 8 décembre 1905 et de l'art. 19 de l'ordonnance fédérale du 29 janvier 1909.

5. Dans son recours, D. invoque précisément, comme second moyen subsidiaire, la fausse application de la loi pénale, en regard des faits considérés comme acquis par le dossier. D'après lui le Tribunal de Vevey a considéré à tort comme une infraction devant tomber sous le coup de l'art. 37 de la loi du 8 décembre 1905 une simple contravention à l'art. 19 de l'ordonnance du 29 janvier 1909, entraînant l'application de l'art. 53, loi du 8 décembre 1905. D. affirme que le vase contenant le lait écrémé a été mis sur le char par son domestique, Suisse allemand, qui conduisait le char



au moment où le prélèvement a été opéré et qu'aucune intention dolosive ne peut lui être imputée; il conclut que dans ces conditions le jugement de Vevey, ne contenant aucun fait de nature à autoriser une semblable déduction, ne pouvait retenir l'intention dolosive.

Le Tribunal de seconde instance en se retranchant derrière la transcription des textes légaux qui constitue à elle seule les considérants du jugement de Vevey se déclare lié sur ce point par les constatations de fait de ce Tribunal et s'abstient d'examiner la question.

Or, on peut d'abord se demander si le Tribunal de Vevey, en reproduisant les termes de l'art. 37 de la loi du 8 décembre 1905 et en substituant à la formule: « Mis en vente *ou* en circulation » les mots: « mis en vente *et* en circulation », a entendu constater en fait que D. mettait réellement en vente ce lait, ce qui ne résulte dans tous les cas pas de la seule pièce figurant au dossier, car le rapport du chimiste R. constate simplement que le char était arrêté et, par une simple hypothèse du reste déplacée dans un rapport de contravention, qui doit se borner à enregistrer les faits, se termine ainsi: « Il est à supposer . . . que ce lait était simplement destiné à la vente. »

Mais surtout, et c'est ici le point essentiel, le recourant conteste formellement que l'on puisse relever à sa charge aucune intention dolosive, en application de l'alinéa 2 de l'art. 37 de la loi du 8 décembre 1905.

Or il est incontestable que la notion d'intention n'est pas une notion concrète susceptible d'être constatée directement. C'est une notion d'ordre purement psychologique que l'on est forcé de déduire de tout un ensemble de faits particuliers.

Le jugement du Tribunal de Vevey se borne à constater purement et simplement que « le délinquant a agi avec intention » sans indiquer même sommairement quelles sont les circonstances de fait dont le Tribunal a tiré, par voie de déduction, cette constatation, alors surtout qu'il est établi que D. ne conduisait pas sur son char lui-même lorsque la contravention a été dressée. Ce jugement apparaît dès lors comme tout-à-fait incomplet et enlève à l'instance fédérale chargée de contrôler l'application de la loi toute possibilité de remplir sa tâche. Et, par le maintien pur et simple de ce jugement, la Cour de Cassation pénale vaudoise rend elle-même le contrôle de l'application de la loi impossible. Il y a donc lieu d'annuler l'arrêt de la Cour de cassation pénale vaudoise, qui est formellement soumis au contrôle du Tribunal fédéral, cette annulation ayant lieu dans le sens de l'art. 173 de l'organisation judiciaire fédérale du 22 mars 1893.

Par ces motifs, la Cour de Cassation pénale du Tribunal fédéral prononce:

Le recours est admis et l'arrêt de la Cour de Cassation pénale du Tribunal cantonal vaudois est annulé et l'affaire renvoyée à l'autorité cantonale pour statuer à nouveau, en prenant pour base de sa décision les considérants de droit de l'arrêt de Cassation.

**6. Sentenza del 27 aprile 1912. B. contro Cantone Ticino.  
Sequestro di frumento non giustificato (applicazione dell'art. 24 della  
Legge federale sulle derrate alimentari).**

A. Il 30 dicembre 1909 arrivavano a Chiasso, a destinazione dell'attore, 4 vagoni di frumento, che al controllore doganale parvero all'odore contenere merce sospetta. Chiamato il perito doganale, questi riteneva che il grano era avariato e ne dava comunicazione a Berna unendo un campione e chiedendo istruzioni. Il 3 gennaio arrivava l'ordine da Berna di lasciar passare i vagoni, il che veniva fatto. Il passaggio della merce veniva però dal perito federale notificato alla Direzione cantonale d'igiene la quale, su analisi del campione fatta dal chimico cantonale, analisi che confermava il giudizio del perito federale, poneva il 7 gennaio 1910 il grano sotto sequestro. L'analisi del chimico cantonale conchiudeva, trattarsi di «grano avariato contenente molte impurità fra le quali semi nocivi.» Il grano presentare odore sgradevole ed aspetto poco bello e fra le impurità riscontrarsi: polvere, pezzi di carbone, semi estranei e semi nocivi (niello). Nel dare comunicazione del risultato di tale analisi e dell'ordine di sequestro all'attore, la Direzione cantonale d'igiene osservava che, a stregua del disposto dell'art. 62 dell'ordinanza federale sul commercio delle derrate alimentari, «i cereali, le leguminose ed i prodotti della loro macinazione non devono essere agri, ammuffiti o altrimenti alterati, nè contenere aggiunte o materie impure di origine minerale, vegetale (sabbia, muffa, grani di male erbe, tarli ecc.)». Su protesta de molino B. il chimico cantonale confermava, con atto 10 gennaio, la propria analisi aggiungendo che non credeva che i grani di niello potessero con la macinazione venire tutti eliminati, essendo l'interno «bianco come la farina ed il grano quasi della grossezza del frumento». In seguito a tale analisi, il molino B. chiedeva, in base agli art. 18 e seg. della legge federale, che fossero nominati dei sopra periti i quali, esaminato il grano e fatto praticare nel molino B. le operazioni ordinarie di spurgo e pulitura, conchiudevano che il grano non era avariato, che le impurità che presentava erano state completamente eliminate dalle operazioni di spurgo e che era «un grano sano, molto pesante e di qualità eccellente». In base a tale perizia veniva il 28 gennaio tolto il sequestro ed il grano rimesso nella libera disposizione del proprietario.

B. Pretendendo di aver avuto un grave pregiudizio per l'ordinato sequestro, il molino B., e per esso il suo Direttore, azionava, in base all'art. 24 della Legge federale sul commercio delle derrate alimentari, lo Stato del Cantone Ticino chiedendo il risarcimento del danno subito che veniva dall'attore esposto nelle cifre seguenti:

- a) fr. 72 per spese di magazzinaggio alla stazione di Chiasso dal 30 dicembre al 3 gennaio;
- b) » 25 per spese di magazzinaggio, perizia e sicurtà alla stazione di Genova per un secondo invio rimasto cola in sospenso;
- c) » 100 per interessi perduti sulla partita di grano sequestrata;



- d) fr. 80 per interessi perduti sulla partita il cui invio venne forzatamente sospeso a Genova;
- e) » 200 per spese generali di trasferta a Chiasso, Bellinzona, Zurigo e Berna;
- f) » 10 000 per danno emergente e diminuzione di guadagno.

A fondamento di queste pretese l'attore allegava che la partita sequestrata costituiva solo una parte del grano da lui comperato. L'invio dell'altra parte (quintali 300) essere stato sospeso telegraficamente a Genova. I capitali investiti in questi invii (fr. 10 245 circa pel primo e circa fr. 8000 pel secondo) essere rimasti immobilizzati durante circa un mese. A tale danno immediato doversi aggiungere l'altro molto più grave cagionato al molino B. dalla propalazione del sequestro, notizia abilmente sfruttata da chi poteva ed aveva interesse a farlo. Finalmente il provvedimento preso con deplorevole e colpevole leggerezza dalle Autorità cantonali, aver obbligato il Direttore del molino B. a ripetute trasferte a Chiasso, Bellinzona, Zurigo e Berna per fornire gli opportuni schiarimenti a chi di dovere onde ottenere la recoca del provvedimento, con spese non indifferenti. Tutto ciò, nonchè una diminuzione del futuro guadagno, essere attribuibile unicamente all'ingiustificato sequestro.

C. Rispondendo lo Stato del Cantone Ticino conchiudeva al rigetto della domanda, allegando: che la procedura seguita fu perfettamente regolare; che quando venne ordinato, il sequestro era pienamente giustificato; che tosto che si seppe che il molino B. era in grado, prima della macinazione, di eliminare i difetti della merce, il sequestro fu levato; che lo Stato non è di conseguenza tenuto ad alcun risarcimento; che le spese di magazzinaggio non dipesero dall'opera dei funzionari cantonali, ma del perito federale; che pretese per danni indiretti, interessi perduti, diminuzione di futuri guadagni ecc. non sono proponibili in base alla Legge federale; che il solo danno di cui il Cantone può essere chiamato a rispondere è il danno diretto, cioè la diminuzione di valore della merce, di cui non può essere questione nel caso concreto.

D. L'istanza cantonale giudicava come ai dispositivi più sopra, osservando: Nulla di sostanzialmente irregolare è avvenuto nella procedura seguita. L'assieme delle circostanze spiega il sospetto negli impiegati di dogana e le misure prudenziali prese dall'Autorità. Ma se queste misure possono dirsi giustificate in ordine, il sequestro è tuttavia da ritenersi ingiustificato, perchè basato sull'errore del chimico cantonale che avrebbe in simili circostanze dovuto procedere con maggiore diligenza a serietà. L'art. 24 della Legge sulle derrate alimentari dichiara responsabili i Cantoni pel danno risultante da un sequestro ingiustificato, Quale sia il danno risarcibile non è stabilito nella legge; solo nella discussione al Consiglio degli Stati fu detto che per danno risarcibile si debba intendere il danno diretto, cioè quello che si risolve in una diminuzione del valore della merce. E diffatti, nel campo speciale della legge sulle derrate alimentari, non può

ammettersi un maggior obbligo dello Stato che condurrebbe a veri abusi ed a speculazioni. Colui che introduce merci in Svizzera, come sa che al confine incontrerà una visita ed un controllo di dogana che richiedono un certo tempo, così sa che vi sarà una sorveglianza ed un controllo imposti dalla legge sulle derrate alimentari. Tutto questo dipende dal logico funzionamento della legge; esame, analisi, perizia non può, a meno di arbitrio o di atto contrario alla legge, essere causa di risarcimento di danni. Non quindi speranza di un lucro perduto, o interessi per ritardo, o clientela perduta, o danni morali patiti. Risarcibile è solo, come è detto anche nel messaggio del Consiglio federale, «il danno materiale sofferto dal sequestro», ossia la diminuzione di valore dipendente dal deterioramento materiale della merce. Un simile danno non si è verificato nel fattispecie. Anzi nessuna prova è stata fornita a dimostrazione delle pretese avanzate per danni indiretti, i quali anche se fossero provati non produrrebbero obbligo di risarcimento da parte dello Stato.

E. È contro questo giudizio che è diretta la presente appellazione;

in diritto:

1. L'appello adesivo della Stato, riguardo alle spese, concerne unicamente una questione di procedura cantonale che è fuori dell'ambito delle competenze di questa corte. Essa non può per pratica costante formare oggetto di un appello adesivo.

2. Riguardo al l'appello principale, pel quale esistono indubitabilmente i requisiti formali di legge, la prima questione pregiudiziale che si presenta è quella di sapere, se siasi o meno di fronte ad un sequestro ingiustificato a sensi dell'art. 24 della Legge federale sulle derrate alimentari, sul quale articolo è fondata la domanda di indennizzo. Che in seguito alla sopra analisi praticata, dovesse la perduranza del sequestro ritenersi ingiustificata, viene e venne riconosciuto dallo Stato stesso che ordinò immediatamente la messa della merce a disposizione dell'attore e che ammette senza riserva il risultato di questa sopra analisi. Ma il rappresentante dello Stato pretende che, per giudicare della giustificazione o meno del sequestro, debba prendersi in esame non la situazione di fatto quale venne creata dal rapporto dei sopra periti, ma la situazione al momento in cui il sequestro venne ordinato, ossia l'insieme delle circostanze che determinarono l'Autorità cantonale ad ordinare che la merce fosse sequestrata. Che a questo momento le circostanze giustificassero la misura precauzionale presa, non sembra difatti discutibile. Ma non può il disposto dell'art. 24 interpretarsi in questo senso. Un sequestro ingiustificato in origine per deficienza di requisiti legali, non diviene più tardi conforme a legge perchè scompaiono le difettosità che lo viziavano. Viceversa, quand'anche apparentemente giustificato in origine, non può un sequestro dirsi giustificato più tardi se, come nel caso concreto, la giustificazione anteriore dipendeva da un errore d'analisi che venne riconosciuto in sede superiore, mediante sopra perizia. Secondo il disposto dell'art. 19, al. 2, è il rapporto di questa perizia che



deve far stato per le misure amministrative da prendere ed è di conseguenza anche secondo questo rapporto che deve apprezzarsi la questione di sapere se le misure prese, in ispecie il sequestro (ved art. 21), abbia o meno da ritenersi giustificato a sensi dell'art. 24.

La responsabilità dello Stato creata da questo articolo è una responsabilità *ex lege*, indipendente dalle nozioni di colpa o di fatto illecito inerenti alle obbligazioni contrattuali. Essa esiste pel solo fatto di un sequestro ingiustificato ed esiste direttamente a carico dello Stato, al quale viene solo riservato un diritto di regresso verso il colpevole. Lo Stato è quindi direttamente responsabile di un eventuale errore commesso dai propri funzionari e perchè possa essere invocata tale responsabilità, non occorre di esaminare a chi sia imputabile l'errore, ma solo se il sequestro manchi o meno di fondamento. Tale responsabilità è affatto analoga a quella stabilita all'art. 15 della Legge federale sulla procedura in materia di contravvenzioni fiscali e costituisce evidentemente un correttivo a prò degli industriali e commercianti pelle competenze estese accordate ai funzionari dello Stato nell'applicazione della Legge sulle derrate alimentari.

3. Nel caso concreto à quindi fuori di dubbio, secondo l'analisi dei sopra periti, che il sequestro debba ritenersi ingiustificato e il solo punto che rimane da decidere è: quale danno debba essere risarcito all'attore.

Questo danno è evidentemente il danno materiale subito in seguito al sequestro della merce (vedasi anche il messaggio del Consiglio federale). Ma questo danno materiale comprende non solo il pregiudizio derivato alla merce stessa per diminuzione di valore, come pretende lo Stato ed ebbe a dichiarare il giudice cantonale, ma tutto il danno materiale, ad esclusione del morale, inerente al sequestro, vale a dire ogni danno materiale effettivamente subito, causato dalla presa misura precauzionale del sequestro. Da quali elementi possa essere costituito questo danno materiale, non è qui il caso di esaminare. Chè dalle singole poste o dai fattori adottati nella petizioni di causa, non entrano, già per deficienza di prova, che pochi in linea di considerazione. Da eliminarsi ed eliminata del resto dall'attore stesso nelle sue conclusioni di causa, è anzitutto la posta per spese di magazzino alla stazione di Chiasso. Queste spese dipendono da una misura presa da un funzionario federale, che non possono quindi ripetersi dalle Autorità cantonali, ma rientrano tutto al più fra quelle previste all'art. 31 a carico della Confederazione. Da eliminarsi inoltre sono le spese di perizia e di sicurtà e gli interessi decorsi sul capitale rappresentato dalla seconda spedizione che si pretende essere stata ritenuta a Genova. Nessuna prova della sospensione del secondo invio esiste in atti, nè occorre di conseguenza vedere se tale pregiudizio sarebbe eventualmente risarcibile a sensi dell'art. 24. Nessuna prova del pari, come venne del resto dichiarato già dall'istanza cantonale e come, almeno in parte, ebbe a riconoscere in questa sede anche il rappresentante dell'attore, esiste neppure per le pretese in ogni modo molto esagerata di fr. 10 000 per danno emergente e *lucrum*

cessans. Non la benchè minima prova venne fatta o tentata dall'attore in relazione ai singoli elementi nei quali questa posta viene suddivisa. Da esaminare non rimangono dunque che le due pretese per interessi perduti sul grano sequestrato dal 3 al 28 gennaio 1910 e spese di trasferta allo scopo di ottenere la revoca del sequestro. Ora, l'immobilizzazione di un capitale di ca. fr. 10245 investito, a quanto si afferma, nella la spedizione, per una durata di 25 giorni, rappresenta tutto al più un interesse di fr. 42. E quanto alle spese di trasferta esse sembrano sufficientemente indennizzate colla metà dell'importo preteso, ossia con fr. 100. A questa sola cifra deve ridursi l'indennizzo da rifondere dallo Stato;

il Tribunale federale pronuncia:

1. L'appello adesivo è respinto per titolo di irricevibilità.

2. L'appello principale dell'attore è ammesso e la sentenza dell'istanza cantonale modificata nel senso che lo Stato è tenuto ad indennizzare all'attore una somma di fr. 142, respinta ogni pretesa maggiore.

**7. Jugement du 25 février 1915. M. contre Tribunal cantonal du canton du Valais. Vente de mélanges de substances destinées à la fabrication de vins et cidres artificiels (art. 5 de la loi prohibant le vin artificiel et le cidre artificiel et art. 6 de l'ordonnance d'exécution de cette loi).**

A. M. a fait paraître dans divers journaux valaisans des annonces pour la vente des marchandises nécessaires pour la fabrication de vin artificiel. R. et W., tous deux à Sion, ont commandé à M. la marchandise annoncée. A l'arrivée du paquet destiné à W., le procès-verbal suivant a été dressé en présence de ce dernier par le chimiste cantonal et son adjoint:

« Constatations faites lors de l'ouverture du paquet en présence de Dr Z., Dr E., et W. à Sion Reçu un paquet ficelé, enveloppe papier dur, gris clair. A l'intérieur, second paquet ficelé formant un sac en papier. Entre les deux enveloppes, une méthode pour la fabrication des liqueurs et une méthode pour la préparation du vin artificiel. Dans le sac de papier, à la surface, des figues. Entre les figues: a) un petit paquet papier maculé; à l'intérieur, emballé dans un petit carton, un petit flacon avec l'inscription « In's Fass leeren; Verser dans le tonneau »; b) un second paquet, étiquette « tamarins », papier clair; à l'intérieur une seconde enveloppe, papier de journaux, troisième enveloppe, papier imperméable; c) un paquet entouré d'une réclame de vin artificiel; à l'intérieur, une boîte en fer blanc fermée au moyen d'une bande de papier blanc sans aucune inscription. A l'intérieur la boîte, pas tout à fait remplie, contenait une poudre composée de particules noires, blanches agglomérées, et brunes. Toutes ces particules sont pêle-mêle dans la boîte. Deux petites feuilles blanches se trouvent enfoncées verticalement dans la poudre, et une troisième de forme ronde se trouve presque entièrement à la surface. Le paquet commandé



par lettre de W. du 23 mars est arrivé contre remboursement. Le paquet portait le timbre du départ de Genève, 25 mars 1914; timbre d'arrivée illisible. La première expédition a été faite à monsieur R. au mois de novembre 1913. N° du colis Genève 317. Ce paquet contient encore un flacon en plus «Extrait pour 1 litre de cognac». Les deux paquets ont été remis au Tribunal.»

La recette contenue dans le paquet prescrit de faire bouillir les figues, de dissoudre le sucre, 10 kilos par 100 litres, dans une quantité suffisante d'eau chaude, «de même les poudres vineuses», puis de délayer les tamarins, de finir de remplir le tonneau avec de l'eau tiède et de bien brasser pour opérer le mélange.

Le chimiste cantonal a dressé le 13 avril 1913 un rapport d'analyse relatif aux substances contenues dans la boîte en fer blanc; il constate: «Nous avons trouvé la présence de l'acide tartrique, du tanin et un troisième produit noir, qui, d'après nos recherches préliminaires, ressemble à l'essence de café (caramel ou sucre brûlé); donc c'est un mélange». Le chimiste cantonal a dressé deux procès-verbaux de contravention contre M., pour avoir mis dans le commerce: a) un mélange et une essence (envoi R.), b) un mélange (envoi W.) contrairement à l'art. 5 de la loi fédérale du 7 mars 1912 prohibant le vin artificiel et le cidre artificiel et à l'art. 6 de l'ordonnance d'exécution du 12 décembre 1912 dont la teneur est la suivante: «Les mélanges de substances destinées à la fabrication du vin et du cidre artificiels mentionnés à l'art. 5 de la loi fédérale du 7 mars 1912 comprennent toutes les préparations fabriquées soit au moyen des parties constituanes du vin ou du cidre, soit au moyen de produits chimiques ou de drogues, soit encore au moyen de matières colorantes ou de bouquets. Ils comprennent également les solutions, extraits et essences destinés à la fabrication des vins et cidres artificiels. Ces diverses préparations ne peuvent être ni importées, ni fabriquées en vue de la vente, ni détenues, ni mises en vente, ni vendues.»

Le Tribunal cantonal a reconnu M. coupable de contravention aux dispositions citées ci-dessus et l'a condamné à une amende de fr. 400. Le Tribunal cantonal constate que les paquets envoyés par M. renfermaient entre autres une boîte en fer blanc contenant une poudre composée de particules agglomérées qui se trouvaient pêle-mêle dans la boîte, que cette poudre contenait trois substances différentes, que cette constatation n'a pas été détruite par une surexpertise et que par conséquent on se trouve bien en présence d'un mélange destiné à la fabrication du vin artificiel; d'ailleurs par mélange le législateur entend toute préparation et il est évident qu'il s'agissait en l'espèce d'une préparation; M. a donc contrevenu à la loi et l'ordonnance qui autorise, il est vrai, l'usage du vin artificiel pour les besoins familiaux, mais qui exige que les produits nécessaires à la fabrication soient vendus séparément et avec indication de leur nom.

B. M. a recouru en cassation au Tribunal fédéral contre ce jugement.

Le Tribunal cantonal a conclu au rejet du recours en faisant observer que l'existence d'un mélange est incontestable et que d'ailleurs M. devait, en tout état de cause, être condamné pour avoir vendu une « essence », comme il le reconnaît implicitement.

Statuant sur ces faits et considérant en droit :

Le Tribunal fédéral n'a pas à rechercher si — comme l'affirme le Tribunal cantonal dans sa réponse au recours — M. tombait sous le coup de la loi et de l'ordonnance parce que l'un au moins des envois contenait une « essence » destinée à la fabrication du vin artificiel. Toute constatation à ce sujet fait en effet défaut dans le jugement attaqué et M. a été condamné pour avoir vendu, non pas une « essence », mais un « mélange » ou une « préparation ». C'est donc à ce point de vue exclusivement qu'il y a lieu de se placer pour statuer sur le recours.

Le recourant soutient en premier lieu que les substances contenues dans la boîte en fer blanc n'étaient pas mélangées, qu'elles étaient séparées par des feuilles de papier et que c'est seulement au cours du transport ou lors de l'ouverture du paquet que ces séparations ont disparu. Mais cette argumentation se heurte aux constatations de fait de l'instance cantonale qui a regardé comme prouvé que la poudre renfermée dans la boîte était composée de particules pêle-mêle et que ce mélange était le fait de M. lui-même.

L'existence d'un « mélange » étant ainsi souverainement établie par le jugement attaqué, il resterait à rechercher si la loi prohibe tout mélange quelconque destiné à la fabrication du vin artificiel ou seulement tels mélanges déterminés, soit ceux qui sont visés dans le texte allemand de la loi et de l'ordonnance sous le nom de « Weinsubstanzen ». Mais il n'est pas nécessaire de résoudre cette question en l'espèce, car on doit admettre que, même si l'on adopte la moins rigoureuse de ces deux interprétations, la poudre vendue par M. rentre dans la catégorie de celles que le législateur a entendu interdire. Le Message du Conseil fédéral du 22 mars 1910 (F. féd. 1910 I page 806) explique que les « Weinsubstanzen » dont il est question à l'art. 5 « sont des mélanges de raisins de corinthe, de fruits secs ou de fruits de tamarins, d'acide tartrique, de tanin, de bouquets, de matières colorantes, etc., qui sont offerts et vendus au public sans indication de leur composition et au prix des préparations secrètes ». Or la poudre vendue par M. renferme au moins deux des substances énumérées par le Conseil fédéral (acide tartrique et tanin); alors que le nom de tous les autres ingrédients compris dans l'envoi est indiqué dans la recette qui l'accompagne, la composition des poudres contenues dans la boîte en fer blanc n'est pas donnée, la recette les désigne sous le nom de « poudres vineuses » — ce qui est l'équivalent exact du terme « Weinsubstanzen » employé par le législateur. Il est donc hors de doute que l'on se trouve en présence de l'un des mélanges prohibés et il est superflu de rechercher si M. aurait été également punissable au cas où il aurait emballé séparé-



ment les ingrédients dont le mélange permet, d'après la recette, de fabriquer le vin artificiel, et où il aurait indiqué le nom de chacun d'eux.

Par ces motifs le Tribunal fédéral prononce:

Le recours est écarté.

**8. Jugement du 11 mai 1915. Ministère public du canton de Neuchâtel contre Tribunal de police de Neuchâtel en matière d'infraction à la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe (l'acheteur d'absinthe n'est pas punissable).**

A. Par jugement du 23 mars 1915, le Tribunal de police de Neuchâtel a condamné le sieur D. à 50 francs d'amende pour infraction à la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe, du 24 juin 1910; il a par contre libéré son co-accusé, le sieur L., qui lui avait acheté le 7 mars 1915 trois litres d'absinthe pour 15 francs. Ce jugement constate que l'achat de l'absinthe n'est pas prévu parmi les actes énumérés à l'art. 1 de la loi susindiquée et qu'il n'est pas possible au juge d'interpréter extensivement une loi pénale, ni de remédier aux lacunes qu'elle pourrait présenter.

B. Par déclaration et mémoire du 24 mars 1915, le Procureur général du canton de Neuchâtel a adressé, dans le but d'obtenir un arrêt de principe sur la punissabilité de l'acheteur d'absinthe, un recours à la Cour de cassation pénale fédérale et a conclu à la cassation du jugement susindiqué. — Par mémoire du 17 avril 1915, L. a conclu au rejet du recours.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

1. Le recours a été interjeté par le Ministère public de Neuchâtel, soit par une personne ayant qualité pour le faire, puisque à teneur de la législation cantonale elle est partie au procès et que la poursuite a eu lieu d'office.

2. D'après le recourant, l'article premier de la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe, qui est la reproduction de l'art. 32<sup>ter</sup> de la Constitution fédérale, vise toutes les opérations industrielles ou commerciales par le moyen desquelles l'absinthe peut entrer dans la circulation à l'exception du seul transit; l'achat de cette liqueur doit donc y être compris. Le recourant relève en outre que, dans la langue française, le mot de «vente» est souvent employé pour dire «contrat de vente» et que cette expression comprend aussi bien la livraison, soit l'activité du vendeur, que l'acceptation de la marchandise et le paiement du prix qui constituent celle de l'acheteur. En outre l'art. 1 de la loi ayant pour but de prohiber le commerce de l'absinthe, l'art. 3, qui contient les dispositions répressives édictées à ce sujet, doit atteindre tous ceux qui contreviennent d'une manière quelconque à cette interdiction, soit intentionnellement, soit par négligence.

Cette argumentation n'est cependant pas conciliable avec le véritable sens de la loi, tel qu'il résulte du texte allemand de celle-ci. C'est en effet uniquement la «vente» (Verkauf) au sens restreint de ce mot qui y est visé, par opposition à «l'achat» (Ankauf) qui exprime l'activité de l'ache-

teur. Cette interprétation est confirmée au surplus par la comparaison avec les dispositions répressives d'autres lois fédérales ayant pour but d'interdire, d'une manière absolue pendant certaines époques, le commerce de denrées ou de marchandises déterminées. Dans les dispositions de ce genre, le législateur fédéral a en effet soin d'indiquer expressément l'achat à côté de la vente, lorsqu'il a voulu les punir tous deux. Voir dans ce sens l'art. 5 de la loi fédérale sur la chasse, du 24 juin 1904, et les art. 19 et 20 de la loi fédérale sur la pêche, du 21 décembre 1898.

3. Enfin l'interprétation qui vient d'être donnée de l'art. premier de la loi du 24 juin 1910 est conforme à la règle de droit d'après laquelle l'application des peines de police doit être limitée à la fonction qu'elles sont destinées à exercer. En espèce, la loi concernant l'interdiction de l'absinthe réprime uniquement la fabrication et l'importation de cette liqueur, sans viser directement son emploi et sa consommation. Cela étant, il doit suffire, pour atteindre le but que s'est proposé le législateur, de sévir contre le vendeur et de l'empêcher de pratiquer ce genre de commerce, sans encore réprimer et punir les acheteurs éventuels.

Par ces motifs la Cour de cassation pénale prononce :

Le recours est écarté et le jugement attaqué confirmé.

**9. Jugement du 7 juillet 1915. Société anonyme C. & F. contre Tribunal cantonal du Valais. Vente de kirsch de mauvais aloi (en principe les sociétés anonymes ne sont pas responsables pénalement des actes commis pour leur compte par leurs organes).**

Par arrêt du 27 mai 1914, la Cour de cassation pénale fédérale a annulé un jugement du Tribunal cantonal valaisan condamnant le sieur C., fondé de pouvoirs de la Société anonyme C. & F., pour contravention à l'art. 37 de la loi fédérale sur les denrées alimentaires (vente de kirsch de mauvais aloi) à 1000 francs d'amende, celle-ci étant convertie en emprisonnement en cas de non paiement. La Cour de cassation a considéré cette condamnation comme illégale parce qu'elle frappait C. personnellement, alors que l'instruction avait été dirigée exclusivement contre la Société anonyme C. & F. La cause a donc été renvoyée à l'instance cantonale, celle-ci devant décider « s'il y a lieu de condamner la Société anonyme C. & F. comme telle ou bien ses organes ou encore la Société et ses organes, soit éventuellement le recourant lui-même, si elle arrive à constater l'existence de faits délictueux commis par lui; le présent arrêt ne préjuge pas, en effet, la question de savoir si les Sociétés anonymes, en tant que personnes morales, doivent être considérées comme pouvant commettre des actes punissables (*deliktsfähig*) dans l'état actuel de la législation, ou tout au moins quand il s'agit de contreventions de police. »

Après nouvelle enquête, le Tribunal cantonal a reconnu la Société anonyme C. & F. coupable de contravention aux art. 221 et 222 de l'ordonnance fédérale du 9 décembre 1912 et en application des art. 37 al. 1



et 2 et 43 de la loi fédérale du 8 décembre 1905, elle l'a condamnée à une amende de 1200 francs et aux frais.

La Société a formé en temps utile un recours en cassation contre le jugement qu'elle attaque en première ligne par le motif que, personne morale, elle ne saurait encourir de responsabilité pénale.

Le Tribunal cantonal valaisan a conclu au rejet du recours.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

La question essentielle que soulève le recours est celle de la responsabilité pénale des personnes morales. L'instance cantonale a jugé que les personnes morales peuvent commettre des délits et notamment ceux réprimés par la loi fédérale sur les denrées alimentaires. Elle fonde cette opinion sur le fait que la législation moderne s'inspire de l'idée de la *réalité* des corporations: du moment que la personnalité juridique n'est pas une simple *fiction*, du moment qu'on reconnaît que les personnes morales sont des êtres réels, doués d'une vie et d'une volonté propres, il s'en suit forcément, d'après le jugement attaqué — qui sur ce point adopte les idées défendues surtout par *Hafters* (Delikts- und Straffähigkeit der Personenverbände) et partagées par un certain nombre d'auteurs récents (v. *Saleilles*, De la personnalité juridique, p. 638 et suiv.; *Liszt*, Lehrbuch 19<sup>e</sup> édition p. 127) — qu'elles peuvent, tout comme les êtres humains, commettre des délits.

Il n'est pas nécessaire de se prononcer sur la justesse des prémisses de ce raisonnement; il suffit de constater qu'elles n'autorisent pas la conclusion qu'en tire l'instance cantonale. Si même on admet que les personnes morales ne sont pas, comme l'enseignait la doctrine traditionnelle, des êtres fictifs, des êtres de raison, il n'en résulte nullement qu'on doive les considérer comme capables de commettre des délits. La vie, la volonté, la conscience d'une personne morale sont d'un tout autre ordre que celles d'une personne physique; il est impossible de les ramener à un processus physiologique et psychologique se déroulant dans l'être collectif lui-même; ce n'est pas en lui, c'est dans les êtres humains qui sont ses organes que se trouve le siège des perceptions et des volitions qui lui sont attribuées comme étant les siennes propres.

Or le droit pénal ne s'adresse qu'aux êtres capables de vouloir et de sentir. Il scrute l'état d'âme du délinquant, le travail psychologique qui s'est accompli en lui et c'est à raison de sa volonté coupable qu'il le frappe d'une peine; de quelque façon d'ailleurs qu'on envisage le rôle de la peine, elle est destinée à agir sur la sensibilité du coupable, soit qu'elle constitue une expiation de sa faute, soit qu'elle doive l'amender ou l'intimider. Plus encore que par le passé, aujourd'hui où l'on s'applique à individualiser les peines, à les faire varier suivant la conformation intellectuelle et morale du délinquant, la considération de l'élément subjectif, psychique du délit prend une place prépondérante en droit pénal. C'est dire qu'une personne juridique, qui est dépourvue d'individualité morale, qui ne

possède pas une conscience propre dont dérive l'acte commis et sur laquelle puisse agir la peine, ne saurait être soumise au droit pénal. Les sujets du droit pénal ne peuvent être que des créatures humaines; seuls les organes de l'association peuvent donc être punis pour les actes commis par eux au nom de l'association (voir entre autres, dans ce sens, la critique de l'ouvrage de *Hafter* par *Zürcher* dans la Revue pénale suisse 16, p. 311 et suivantes et par *Kleinfeller* dans la Kritische Vierteljahresschrift, 45 p. 595 et suiv.; voir également *Jellinek*, System der subjektiven Rechte p. 258 et suiv., v. *Bar*, Gesetz und Schuld 2 p. 133 et suiv., v. *Lilienthal* dans Vergleichende Darstellung des Strafrechtes, 5, p. 37 et suiv.).

En vain objecte-t-on que, si elle n'émane pas de la personne morale elle-même, c'est cependant sa volonté et non la leur que les organes expriment et entendent exprimer. Quand bien même on admettrait la possibilité pratique et la légitimité théorique de cette distinction entre la volonté propre d'une personne et sa volonté en tant qu'organe de la corporation, il n'en reste pas moins que c'est dans la personne physique et non dans la personne morale que s'accomplit l'acte de volition et il serait contraire à l'essence même du droit pénal d'imputer à la personne morale l'acte voulu, *pour* elle peut-être, mais *par* ses organes.

Quant à l'argument tiré du fait que la jurisprudence (voir en particulier RO 31/2 p. 707 et suiv.) et la législation actuelles (v. CCS art. 55) admettent la responsabilité *civile* des personnes morales à raison des actes illicites commis par elles, il n'est nullement décisif. Le fondement, la fonction et le but du droit civil et du droit pénal diffèrent. Le droit civil vise avant tout à la réparation du dommage causé; il tient moins compte de la personnalité de l'auteur du dommage, il admet d'une façon assez large la responsabilité pour autrui et même la responsabilité purement causale; le droit pénal au contraire considère en première ligne le délinquant, il ne connaît de responsabilité que personnelle et il ne fait jamais abstraction de l'élément de la faute. Il est donc parfaitement concevable que, responsable civilement, les personnes morales ne soient pas responsable pénalement.

Enfin il n'existe pas de motifs impérieux d'ordre pratique pour décider autrement. Pour que la peine atteigne son but — qui est d'empêcher qu'un délit semblable ne soit commis à nouveau — il n'est pas nécessaire qu'elle frappe la corporation; la punition des organes suffit. Sans doute il arrive qu'il soit malaisé de découvrir qui a agi pour l'association et il serait souvent plus facile de s'en tenir à l'être collectif. Mais cette facilité même présente des dangers; elle risque (comme en l'espèce) de détourner de la recherche des vrais coupables et par là d'énervier la répression.

Quoi qu'il en soit, il est hors de doute que le droit pénal positif (sous les réserves qui seront indiquées ci-après) ne connaît pas la responsabilité des personnes morales. Même les auteurs qui la jugent désirable en conviennent (voir *Hafter*, p. 29 et 139). En particulier le Code pénal fédéral de 1853 ne s'applique qu'aux personnes physiques. C'est ce que prouvent



soit ses dispositions sur le dol, la faute et l'imputabilité, soit les peines qu'il institue (art. 2) et qui par leur nature sont toutes inapplicables aux personnes morales (c'est le cas même de l'amende, puisqu'elle est convertible en emprisonnement, art. 8), soit enfin le fait que, lorsqu'il a été rédigé, le principe: *universitas delinquere non potest*, était admis sans conteste. On peut d'ailleurs observer que le projet de Code pénal est encore sur le même terrain (voir *Erläuterungen* du Prof. *Zürcher* p. 46; cf. art. 104, Projet 1908). Par contre certaines lois spéciales édictent des peines contre les personnes morales (loi du 23 décembre 1872 sur l'établissement et l'exploitation des chemins de fer, art. 34, loi du 25 juin 1885 sur la surveillance des entreprises d'assurances, art. 10 et loi du 29 mars 1893 sur les transports par chemins de fer, art. 65) et, même en l'absence de dispositions expresses dans ce sens, on pourrait admettre la possibilité de la condamnation des personnes morales à une peine à raison d'actes qui relèvent plutôt du droit administratif que du droit pénal (voir *J. Goldschmidt*, *Verwaltungsstrafrecht und die Deliktsobligationen des Verwaltungsrechtes*), qui impliquent seulement la violation du devoir de subordination envers l'administration et qui sont réprimés moins en raison de la volonté coupable de l'auteur qu'à raison de l'atteinte portée aux intérêts de l'administration (p. ex. contraventions fiscales) ou au bon ordre public (p. ex. certaines contraventions de police). Dans ce domaine, l'élément subjectif du délit ne jouant qu'un rôle secondaire, il paraît admissible, comme en droit civil, de soumettre les personnes morales aux sanctions légales (v. dans ce sens, les ouvrages cités de *v. Bar* p. 153 et suiv., *Zürcher* p. 323, *Jellinek* p. 259; cf. arrêt du Tribunal fédéral du 29 mars 1902, Compagnie de navigation sur le Lac Léman; *Journal des Tribunaux* 1902 p. 380 et suiv., consid. 4; contre la distinction proposée, *Hafter* p. 111). Mais en l'espèce il ne s'agit évidemment pas d'une infraction de ce genre. Le délit — falsification de *kirsch* — a été réprimé en vertu de l'art. 37 de la loi fédérale du 8 décembre 1905 qui punit la contrefaçon et la falsification intentionnelles de denrées alimentaires de l'emprisonnement jusqu'à un an et de l'amende jusqu'à 2000 francs, la peine étant de l'amende jusqu'à 500 francs en cas de simple négligence. Or par son but, qui est de protéger la santé publique et de réprimer les fraudes commerciales, par le genre et la gravité des peines statuées, par l'importance qu'elle attache au côté subjectif du délit, cette disposition ressortit évidemment au droit pénal et non au droit administratif, comme le porte à tort la décision attaquée; et ce qui d'ailleurs le prouve de la façon la plus péremptoire c'est que l'art. 42 de la loi déclare applicable aux délits et contraventions qu'elle prévoit les dispositions générales de la première partie du Code pénal fédéral. Puisque les principes généraux qui sont à la base du Code sont applicables à l'infraction qui a donné lieu aux poursuites et qu'ils excluent, comme on l'a vu ci-dessus, la responsabilité pénale des personnes morales, la condamnation prononcée contre la Société recourante doit être annulée.

Par ces motifs, la Cour de cassation pénale prononce :

Le recours est admis: en conséquence le jugement attaqué est annulé et la cause renvoyée à l'instance cantonale pour nouvelle décision.

#### 10. Urteil vom 11. Juli 1916.

**W. gegen die I. Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Bern.  
Holzfaser-Streumehl für das Bäckereigewerbe  
(Unterscheidung von «Lebensmitteln» und «Gebrauchsgegenständen»  
im Lebensmittelgesetz).**

A. Der Kassationskläger W. hat unter grosssprecherischer Reklame ein aus zerriebenem Sägemehl bestehendes Streumehl für das Bäckereigewerbe (zum Einstreuen in die Backschüsseln, um das Ankleben des Teiges zu verhindern) zum Verkauf gebracht. Auf Grund dieses Tatbestandes ist er am 17. Februar 1916 vom korrekzionellen Gericht in Bern wegen Betruges und wegen vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen Art. 3 der bundesrätlichen Verordnung vom 8. Mai 1914 betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu drei Monaten Korrekzionshaus, umgewandelt in 45 Tage Einzelhaft, mit bedingtem Straferlass und zu 200 Fr. Busse verurteilt worden. Aus der Begründung dieses Urteils ist zu erwähnen: Das fragliche Streumehl sei, weil mit der Herstellung des Brotes in engem Zusammenhange stehend, zweifellos ein «Gebrauchsgegenstand» im Sinne des Lebensmittelgesetzes. Nun spreche allerdings Art. 3 der Verordnung vom 8. Mai 1914 nur von «Lebensmitteln». Allein die logische Interpretation führe zu der Annahme, dass hier nicht nur die Lebensmittel, sondern auch alle anderen Waren gemeint seien, welche unter das Lebensmittelgesetz fallen könnten, also gemäss Art. 1 auch die Gebrauchsgegenstände. Diese Auffassung rechtfertige sich um so mehr, als Art. 3 im allgemeinen Teil der Verordnung stehe und eine gegenteilige Meinung sinnlos wäre. Daraus folge, dass das Streumehl, wie alle anderen unter das Lebensmittelgesetz fallenden Gegenstände, richtig deklariert werden müsse, und dass eine unrichtige, das Publikum über die Eigenschaften der Ware täuschende Deklaration, wie sie hier in Frage stehe, eine Widerhandlung gegen Art. 3 der Verordnung bedeute.

Auf Appellation sowohl des Angeklagten als auch der Staatsanwaltschaft ist die I. Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Bern mit Urteil vom 17. Mai 1916 den Ausführungen des korrekzionellen Richters hinsichtlich der Schuldfrage ohne weiteres beigetreten. Dagegen hat sie die Strafmessung etwas abgeändert.

B. Gegen dieses Urteil hat W. beim Bundesgericht Kassationsbeschwerde eingelegt mit dem Antrag, das Urteil sei aufzuheben und die Sache zu neuer Entscheidung an die kantonale Behörde zurückzuweisen. Zur Begründung wird geltend gemacht, eine Uebertretung des Art. 3 der Verordnung vom 8. Mai 1914 liege nicht vor, weil das in Frage stehende Holz-Streumehl



kein Lebensmittel, sondern ein technisches Hilfsmittel des Bäckereigewerbes sei, während jene Verordnungsvorschrift sich nur auf die Lebensmittel beziehe. Eventuell wäre eine Bestrafung nur wegen Uebertretung der Lebensmittelpolizeiverordnung, nicht in Konkurrenz damit auch noch wegen *Betrugs* und Betrugsversuches zulässig, da der erstgenannte Strafbestand als spezieller dem letzteren als allgemeinerem vorgehen und ihn absorbieren würde.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Nach Art. 69<sup>bis</sup> B. V. ist der Bund befugt, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen:

- a) über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln;
- b) über den Verkehr mit anderen Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen, soweit solche das Leben oder die Gesundheit gefährden können.

Schon in dieser grundlegenden Umschreibung des Inhaltes der Bundesgesetzgebung ist deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie mit Bezug auf Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände, die nicht Nahrungs- und Genussmittel sind, den Verkehr nur aus dem Gesichtspunkte der Gesundheitspolizei regeln soll, während ihr mit Bezug auf die Nahrungs- und Genussmittel die Regelung des Verkehrs schlechthin überlassen wird. Und diese Unterscheidung ist dann in der Ausführung des Verfassungsprogramms durch das Bundesgesetz vom 8. Dezember 1905 und die zugehörige bundesrätliche Verordnung vom 8. Mai 1914 systematisch in folgender Weise ausgestaltet worden: Das Lebensmittelgesetz gibt (nachdem es zunächst — unter dem Titel «Allgemeine Bestimmungen» — in Art. 1 für die Beaufsichtigung nach Massgabe seiner Vorschriften entsprechend der Verfassungsgrundlage den Verkehr mit «Lebensmitteln», als welche es Nahrungs- und Genussmittel zusammenfasst, und den Verkehr mit «Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen», im verfassungsgemäss beschränkten Sinne, auseinandergehalten und anschliessend die Organisation der Aufsicht geregelt hat) in den darauf folgenden Straf- und Schlussbestimmungen (Art. 36 ff.) als Ziele dieser Aufsicht beim Verkehr mit den Lebensmitteln sowohl den Schutz von Leben und Gesundheit, als auch die Wahrung von Treu und Glauben durch Verhütung von Täuschung, beim Verkehr mit den Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen dagegen nur den Schutz von Leben und Gesundheit an. Es ist nämlich einerseits, durch die Art. 36 und 37, mit Strafe bedroht, «wer zum Zweck der Täuschung in Handel und Verkehr *Lebensmittel* nachmacht oder verfälscht», und «wer nachgemachte, verfälschte, verdorbene oder im Wert verringerte *Lebensmittel* feilhält oder sonst in Verkehr bringt, als ob sie echt, unverfälscht, unverdorben oder vollwertig wären», während anderseits, in Art. 38, als strafbar erklärt ist, «wer Lebensmittel *oder* Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände so herstellt oder behandelt, dass ihr Genuss oder Gebrauch gesundheitsschädlich oder lebensgefährlich ist», und «wer gesundheitsschädliche oder lebensgefährliche Lebensmittel *oder* Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände feilhält oder sonst in Verkehr bringt». Auch

weist Art. 54 als Schlussbestimmung in Abs. 1 den Bundesrat allgemein an, die nötigen Vorschriften zu erlassen «zum Schutze der Gesundheit und zur Verhütung von Täuschung im Verkehr mit den Waren und Gegenständen, welche den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen», bestimmt dagegen in Abs. 2 speziell *nur* mit Bezug auf die *Lebensmittel*, er werde verordnen, dass diese sowohl im Gross- als im Kleinverkehr so bezeichnet werden, «dass eine Täuschung über ihre Natur und Herkunft nicht möglich ist». Ebenso scheidet die (hauptsächlich zur Vollziehung von Art. 54 des Gesetzes erlassene) Verordnung vom 8. Mai 1914 die Nahrungs- und Genussmittel scharf von den Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen. Denn sie hält nicht nur, gleich dem Bundesgesetz selbst, im Titel «Lebensmittel» und «Gebrauchsgegenstände» auseinander, sondern behandelt dieselben im einzelnen, je gruppenweise, in den zwei besonderen Abschnitten: «B. Nahrungs- und Genussmittel» (Gruppen I—XVII, Art. 6—250) und «C. Gebrauchsgegenstände» (Gruppen XVIII—XXVI, Art. 251—282). Diesen beiden Abschnitten geht der Abschnitt «A. Allgemeine Bestimmungen» voraus, in welchem die Art. 1 und 2 mit dem unbestimmten Ausdruck «Waren» auf den gesamten Inhaltsbereich der Verordnung Bezug nehmen, während Art. 3, wie auch Art. 4 ausdrücklich nur von den «Lebensmitteln» im allgemeinen handeln.

2. Der vorstehend entwickelten Kompetenzordnung entspricht es durchaus, wenn Art. 3 der Verordnung vom 8. Mai 1914, speziell Absatz 1 — «Lebensmittel dürfen nicht unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden» — nur die Lebensmittel, nicht auch die Gebrauchsgegenstände erwähnt. Denn der mit dieser Bestimmung verfolgte Zweck, das Publikum vor Täuschung und dadurch bedingter ökonomischer Benachteiligung im Handel und Verkehr zu schützen, liegt eben, wie ausgeführt, im Bereiche der Bundesgesetzgebung nur bezüglich des Verkehrs mit Lebensmitteln (Nahrungs- und Genussmitteln), während bezüglich des Verkehrs mit anderen Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen in dieser Hinsicht — abgesehen von Täuschungen, die nicht nur ökonomisch nachteilig wirken, sondern überdies auch lebensgefährliche oder gesundheits-schädliche Folgen haben können — die Gesetzgebungshoheit der Kantone unberührt geblieben ist. Die Beschränkung des Art. 3, Absatz 1 der Verordnung auf die Lebensmittel ist daher ganz unzweifelhaft bewusst gewollt, und es geht schlechterdings nicht an, dessen Anwendung im Wege der Interpretation auf die Gebrauchsgegenstände auszudehnen, wie die kantonalen Gerichte es zu tun erklären. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nicht um eine blosse Interpretation, sondern vielmehr um eine *Erweiterung* der textlich völlig klaren Vorschrift durch Analogieschluss auf Grund angeblich legislativpolitischer Gleichheit des ergänzend beigezogenen Tatbestandes mit dem vom Gesetzgeber unmittelbar erfassten Tatbestand. Der Analogieschluss ist aber im Strafrecht nach allgemeinem Grundsatz überhaupt unstatthaft und darf sich zudem jedenfalls nicht über einen bewusst zum Ausdruck



gebrachten gegenteiligen Willen des Gesetzgebers, wie er hier offenkundig ist, hinwegsetzen. Die textgemässe Auslegung der streitigen Vorschrift ist, entgegen der Annahme des erstinstanzlichen Richters, keineswegs sinnlos sondern nach dem Gesagten wohlbegründet. Es steht ihr namentlich auch der Umstand nicht entgegen, dass Art. 3 sich im Verordnungsabschnitt, «Allgemeine Bestimmungen» befindet; denn «allgemein» bezeichnet hier den Gegensatz zu den Sondervorschriften der nachfolgenden beiden Abschnitte der Verordnung über die einzelnen Gruppen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen und bedeutet daher mit Bezug auf Art. 3 einfach, dass dessen Vorschriften *allgemein* für die der Verordnung unterstehenden *Lebensmittel* gelten sollen.

3. Das vom Kassationskläger in Verkehr gebrachte Streumehl kann nach Lage der Akten, wenn überhaupt, so jedenfalls, wie auch die kantonalen Gerichte angenommen haben, nur als «Gebrauchsgegenstand» unter die Bundesgesetzgebung fallen. Demnach erweist sich die Bestrafung des Kassationsklägers wegen Uebertretung der die Gebrauchsgegenstände nicht umfassenden Bestimmung des Art. 3, Absatz 1, der Verordnung vom 8. Mai 1914 als rechtsirrtümlich. Da nun die hierfür in Anrechnung gebrachte Strafe nach der obergerichtlichen Strafzumessung in der ausgesprochenen Gesamtstrafe enthalten ist, so muss das angefochtene Straferkenntnis wegen der Unhaltbarkeit seines bundesrechtlichen Bestandteils als ganzes aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung in dem Sinne an das Obergericht zurückgewiesen werden, dass dieses das Strafmass unter Ausschaltung des fraglichen Lebensmittelpolizeivergehens neu zu bestimmen hat.

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird gutgeheissen und damit das Urteil der I. Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Bern vom 17. Mai 1916 aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung an die kantonale Instanz zurückgewiesen.

### **11. Urteil vom 11. Juli 1916. Bundesanwaltschaft gegen A. Zu leichte Brotlaibe.**

A. Das Lebensmittelinspektorat Baselland hat gegen die Kassationsklägerin Wittwe A., welche in B. eine Bäckerei betreibt, auf Grund des Berichtes des dortigen Ortsexperten, dass anlässlich der bei ihr am 23. Februar 1916 gemachten Brotgewichtskontrolle die Einkilogrammlaibe frischen und gut ausgebackenen Brotes ein durchschnittliches Mindergewicht von  $66\text{ g} = 6,6\%$  per Laib aufgewiesen hätten, Strafanzeige erstattet wegen Uebertretung des Art. 76 der bundesrätlichen Verordnung vom 8. Mai 1914 betr. den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. Laut dieser Bestimmung darf bei frischem Brot ein allfälliges Mindergewicht nicht über  $3\%$  betragen. Die Angeschuldigte hat zu ihrer Entlastung geltend gemacht, sie habe die betreffenden Laibe auf ausdrückliches Verlangen von Kunden

besonders gut — über normal — ausgebacken. Dies haben 8 ihrer als Zeugen einvernommenen Kunden bestätigt, mit dem Beifügen, sie sähen weniger auf das Vollgewicht, als darauf, dass das Brot sehr gut ausgebacken sei. Auf Grund dieser Beweisführung hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft als Ueberweisungsbehörde in Strafsachen am 8. April 1916 nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft die Verzeigung als nicht angebracht erklärt und «Dahinstellung der Sache» beschlossen.

B. Gegen diesen Beschluss hat die schweizerische Bundesanwaltschaft beim Bundesgericht Kassationsbeschwerde erhoben mit dem Antrag, der Beschluss sei gemäss den Art. 162 und 172 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege aufzuheben und die Sache zu neuer Entscheidung an die kantonale Behörde zurückzuweisen. Sie bemerkt auf Grund eines ihr übermittelten Berichtes des Schweizerischen Gesundheitsamtes zum Tatbestand ergänzend, die zu leichten Brote seien nicht etwa abgesondert gewesen, sondern hätten sich mit den übrigen gemischt auf den Brotständen befunden. Und in rechtlicher Hinsicht nimmt sie mit dem Gesundheitsamt den Standpunkt ein, der vorschriftswidrige Gewichtsmangel werde dadurch nicht entschuldigt, dass die zu leichten Brote gut ausgebacken seien, da nach Art. 71 der bundesrätlichen Verordnung vom 8. Mai 1914 überhaupt nur gut ausgebackenes Brot in den Verkehr gebracht werden dürfe. Auch die angebliche Vereinbarung der Kassationsbeklagten mit einzelnen Kunden, ihnen aussergewöhnlich stark gebackenes, dafür aber zu leichtes Brot zu liefern, könne im vorliegenden Falle nicht als Entschuldigung angerufen werden, weil nicht vorgesorgt worden sei, dass solches Brot ausschliesslich an die Besteller verabfolgt werde, sondern die Möglichkeit des Verkaufes an andere Kunden durchaus nicht ausgeschlossen erscheine. Daraus wird gefolgert, dass das verordnungswidrige Verhalten der Kassationsbeklagten deren Ueberweisung zur Bestrafung gemäss Art. 283 der Verordnung gebiete, umsomehr, als sie bereits dreimal wegen Uebertretung der Vorschriften betreffend das Backen von Brot vermahnt und bestraft worden sei.

C. Die Kassationsbeklagte hat als Beschwerdeantwort eingewendet, die fragliche Brotinspektion sei überhaupt nicht in ihrem Verkaufsladen vorgenommen, sondern es seien die zu leicht befundenen Brote ihrem Bäckerjungen auf der Strasse aus dem Korb genommen worden; diese Richtigstellung lasse die ganze Angelegenheit in einem vollständig anderen Lichte erscheinen.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

Da nach Art. 75 der bundesrätlichen Verordnung vom 8. Mai 1914 über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen das Brot bei Laiben von  $\frac{1}{2}$  kg und mehr Gewicht nur in ganzen oder bestimmt gebrochenen Gewichtseinheiten ( $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{3}{4}$ , 1,  $1\frac{1}{2}$  etc. kg) in den Verkehr gebracht werden soll, so kann es sich fragen, ob ein Bäcker solche Laibe mit einem grösseren als dem in Art. 76 der Verordnung zugelassenen Mindergewicht überhaupt



abgeben dürfe, oder nicht vielmehr auch bei auf besondere Bestellung hin über normal ausgebackenen und deswegen an sich verhältnismässig leichteren Laiben die verordnungsgemässe Gewichtsgrenze selbst dann einzuhalten verpflichtet sei, wenn die Besteller gegen einen grösseren Gewichtsmangel dieses besonders gut gebackenen Brotes nichts einzuwenden hätten. Indessen braucht diese Frage hier nicht entschieden zu werden. Wenn nämlich auch die Abgabe von Brotlaiben, die der Vorschrift des Art. 76 der Verordnung nicht entsprechen, im Einverständnis mit den Abnehmern zulässig sein sollte, so müsste sie doch in einer Art und Weise durchgeführt werden, welche die Möglichkeit einer Verwechslung dieser leichteren mit den gewöhnlichen, für den allgemeinen Verkauf bestimmten Laiben und die mit solcher Verwechslung verbundene Täuschung und Benachteiligung der allgemeinen Kundschaft unbedingt ausschliesse. Denn anders würde ja die Kontrolle der Einhaltung jener, zum Schutze des Publikums vor Täuschung und Benachteiligung beim Broteinkauf erlassenen Vorschrift schlechterdings illusorisch gemacht. Vorliegend hat es aber an einer derartigen Durchführung der Abgabe des festgestelltermassen zu leichten Brotes laut dem von der Bundesanwaltschaft angerufenen amtlichen Bericht gefehlt. Die Kassationsbeklagte bestreitet zwar dessen Richtigkeit in dieser Hinsicht; doch sind gegen ihn sprechende objektive Momente den Akten nicht zu entnehmen. Es kann daher im Sinne der entwickelten Rechtsauffassung bei der heutigen Aktenlage nicht angenommen werden, dass die Kassationsbeklagte sich keiner strafbaren Uebertretung des Art. 76 der bundesrätlichen Verordnung vom 8. Mai 1914 schuldig gemacht habe. Folglich kommt der die Durchführung des Strafverfahrens gegen sie nicht zulassende Beschluss des Regierungsrates einer Missachtung des einschlägigen Bundesrechtes gleich, welche zur Gutheissung der Kassationsbeschwerde nach Massgabe des Art. 172 O. G. führen muss.

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird gutgeheissen und damit der Dahinstellungsbeschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft als Ueberweisungsbehörde in Strafsachen, vom 15. April 1916, aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung an die kantonale Behörde zurückgewiesen.

**12. Jugement du 20 mars 1917. V. contre Tribunal cantonal valaisan. Vin surplâtré (Interprétation de l'art. 53, alinéa 2, de la loi fédérale sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels).**

A la suite du prélèvement d'échantillons de vin rouge chez un cafetier par le contrôle des denrées alimentaires, d'une expertise et d'une surexpertise, qui ont abouti à la constatation que le vin était surplâtré, le fournisseur de ce vin, le Sieur V., a été renvoyé devant le Tribunal cantonal valaisan pour contravention à l'art. 176 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914 sur le commerce des denrées alimentaires. Il a recouru au Conseil d'Etat en demandant que l'affaire soit jugée par le Préfet du district, mais à l'audience du Tribunal cantonal il a déclaré retirer son recours, tout en con-

tinuant à conclure à ce que la contravention fût jugée par l'autorité administrative et non par l'autorité judiciaire. Le Tribunal cantonal s'est déclaré compétent et a condamné V. à une amende de 50 francs.

V. a recouru en cassation contre ce jugement en invoquant la violation des art. 53, al. 2 et 41, de la loi fédérale du 8 décembre 1905, 178 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914 etc. Il conclut à ce que le jugement soit cassé et à ce que la cause soit renvoyée à la connaissance du Préfet du district de St. Maurice. Toute son argumentation se résume en ce qu'il soutient que, vu le peu d'importance de la contravention, celle-ci aurait dû être réprimée administrativement et non judiciairement.

*Statuant sur ces faits et considérant en droit :*

Le recourant ne conteste pas avoir contrevenu à l'art. 176 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914 et mériter la condamnation prononcée contre lui. Il déclare même expressément qu'il se serait incliné si la dite peine lui avait été infligée par le Préfet de St. Maurice. Mais il prétend que le Tribunal cantonal a violé l'art. 53, al. 2, de la loi fédérale du 8 décembre 1905 en statuant sur une infraction qui par son peu d'importance rentrait dans la compétence de l'autorité administrative. Ce grief n'est toutefois pas fondé. L'art. 53 cité n'impose nullement aux cantons l'obligation de déférer à l'autorité administrative la répression des contraventions de peu de gravité, il leur en laisse seulement la faculté; c'est donc la législation cantonale qui est seule applicable à la question de savoir si en l'espèce il aurait dû être fait usage de cette faculté à l'égard du recourant, et la solution adoptée par l'instance cantonale ne peut par conséquent impliquer une violation du droit fédéral. Or ce n'est que pour cause de violation d'une disposition du droit fédéral que le recours en cassation peut être admis (art. 163 de l'Organisation judiciaire fédérale).

Quant aux art. 41 de la loi fédérale du 8 décembre 1905 et 178 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914 également invoqués, le recourant ne dit pas et il est impossible de voir en quoi ils auraient été violés par le jugement attaqué.

Par ces motifs la Cour de Cassation pénale prononce:

Le recours est écarté.

### **13. Jugement du 31 mars 1917. E. contre Tribunal cantonal valaisan. Vin désigné d'une manière non conforme à l'art. 173 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914.**

Le 8 septembre 1915 le marchand de vins E. a acheté de R. à Granges au prix du 64 centimes le litre 100 000 litres de «Fendant du Rhin de Rêze». Le 11 septembre, E. a également acheté de P. à Sierre 30 000 litres de «Fendant de Rêze» à 64 centimes le litre. Il était convenu que la proportion de Rêze ne devait pas dépasser 30 à 35 %. Le vin livré est désigné sur les factures de R. comme «moût Fendant». La plus grande partie du vin acheté a été encavée à Sion; une partie a été expédiée à



Genève. En novembre 1915, l'aubergiste M. à Tourtemagne a commandé à E. un fût de «Fendant». Le vin lui a été expédié de Sion. M. l'a transvasé et a retourné le fût. Le 2 mai 1916, M. a commandé de nouveau à E. «400—500 litres de Fendant». E. a fait expédier le vin de Genève à Sion, chargeant les camionneurs de cette ville d'en faire la réexpédition de Sion à Tourtemagne. M. a également transvasé ce vin et retourné le fût à E. Les factures de E. de novembre 1915 et mai 1916 portent comme désignation du vin: «Fendant».

L'expédition du vin de Genève à Sion et sa réexpédition de Sion à Tourtemagne ayant éveillé les soupçons du caporal de gendarmerie F., celui-ci a signalé la chose au chimiste cantonal, se disant certain que le vin en question devait être coupé ou peut-être du pur étranger. Le chimiste cantonal s'est rendu chez M. à Tourtemagne et a prélevé des échantillons du vin que M. lui avait désigné comme celui livré par E. Il en a fait la dégustation et l'analyse et est arrivé à la conclusion: «Beide Weine entsprechen nicht einem Fendant». Il a dès lors dressé procès-verbal contre M. et contre E. pour contravention à l'art. 173 de l'ordonnance fédérale sur le commerce des denrées alimentaires, du 8 mai 1914. Dans la lettre d'envoi de la dénonciation, il expose que, à son avis, le vin n'est ni du Fendant pur, ni du Valaisan pur et qu'il est à tout le moins fortement coupé de vin étranger.

Par jugement du 24 novembre 1916 le Tribunal cantonal a acquitté M. — qui n'a commis ni fraude, ni négligence, rien n'étant de nature à lui faire supposer que le vin livré par E. n'était pas du Fendant, ainsi qu'il l'avait commandé. — Par contre il a condamné E., pour contravention à l'art. 173 de l'ordonnance citée, à 600 francs d'amende et aux frais, le dispositif devant être publié en français et en allemand dans le bulletin officiel du canton. Le jugement est motivé en résumé comme suit: A supposer même que l'identité du vin expertisé et du vin livré par E. ne soit pas établie, il est constant, d'après les propres déclarations de l'inculpé et d'après les pièces du dossier, que E. a fourni à M., sous le nom de Fendant, un coupage de Fendant, de Rêze et de Gros-Rhin. Or le mot de «Fendant» est une indication de cépage qui sert à désigner le produit du Chasselas, produit d'une valeur marchande supérieure au Gros-Rhin et surtout à la Rêze. L'indication «Fendant» aurait donc dû être suivie du mot «coupage». E. a ainsi contrevenu à l'art. 173 de l'ordonnance fédérale. Quant à la peine, on ne peut tenir compte de l'observation du chimiste cantonal suivant laquelle le vin ne serait pas du valaisan pur, car cette observation n'a fait l'objet d'aucune mention sur les rapports d'analyse seuls portés à la connaissance du prévenu. D'autre part, il y a lieu de prendre en considération la récidive — E. ayant déjà été condamné antérieurement pour contravention à l'ordonnance fédérale sur les denrées alimentaires — et les manœuvres dolosives du prévenu qui sont de nature à discréditer les produits des régions viticoles du pays.

E. a recouru en cassation contre ce jugement, concluant à l'acquittement, à l'allocation d'une indemnité de 500 francs — a raison de la poursuite injustifiée dont il a été l'objet, — à la reconnaissance de son droit de vendre sous le nom de « Fendant » le vin livré et enfin aux frais et dépens. Le Ministère public — qui devant l'instance cantonale avait conclu à l'acquittement du prévenu, la preuve de l'identité du vin n'étant pas suffisamment établie — a conclu au rejet du recours.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

L'instance cantonale n'a pas retenu à la charge de l'inculpé le fait — affirmé au début par le chimiste cantonal — que le vin livré n'aurait pas été du vin valaisan pur, mais aurait été coupé de vin *étranger*. E. a été condamné uniquement pour avoir vendu sous le nom de « Fendant » un mélange de Fendant, de Gros-Rhin et de Rèze. Or le recourant déclare expressément qu'en effet le vin qu'il a acheté et qu'il a revendu était un produit de ces trois cépages. Il reconnaît ainsi l'exactitude de l'état de fait sur lequel se base la condamnation, et la question de savoir si le vin expertisé chez M. est bien identique à celui livré par E. devient dès lors sans intérêt. Le recourant se plaint que la maison dont il était le représentant et le commissionnaire n'ait pas été impliquée dans la poursuite dirigée contre lui. Mais on ne peut voir aucune violation du droit fédéral dans le fait que l'action pénale n'a été intentée que contre E., soit contre celui qui avait reçu et exécuté personnellement la commande M. De même, comme Cour de Cassation, le Tribunal fédéral ne peut tenir compte des allégations du recourant qui affirme que toute l'enquête a été dominée par l'idée, abandonnée en fin de compte, que le vin livré aurait été du vin étranger. E. soutient que cette erreur initiale a faussé les résultats de l'instruction et explique la partialité dont il prétend avoir été la victime; mais la Cour de Cassation ne saurait suivre le recourant sur ce terrain et scruter les mobiles qui ont pu inspirer les magistrats valaisans. Elle doit se borner à rechercher si l'état de fait constaté par le jugement attaqué justifiait en droit la condamnation qui a été prononcée.

D'après l'art. 173 de l'ordonnance fédérale du 8 mai 1914, lorsque des vins sont mis dans le commerce avec des indications portant sur leur origine (pays, région, cru, cépage, etc.), ces indications doivent être conformes à la réalité et exclure toute possibilité de confusion. Le Fendant, le Gros-Rhin et la Rèze qui entrent dans la composition du vin livré par E. sont les produits de trois cépages différents — dont l'instance cantonale déclare que le deuxième et surtout le troisième ont une valeur marchande inférieure au premier. En vendant donc sous le nom de « Fendant » un vin qui en réalité contenait non seulement du Fendant mais aussi du Gros-Rhin et de la Rèze, le recourant faisait usage d'une désignation inexacte et tombait par conséquent sous le coup de l'art. 173 — à moins qu'on n'admette que, dans les milieux valaisans intéressés, le mot « Fendant » a une acception plus générale et s'applique également à des vins qui, à côté du Chasselas (Fen-



dant), renferment une proportion notable de Gros-Rhin et de Rèze (le recourant convient que la proportion de Rèze — en ce qui concerne tout au moins le vin de P. — était de 30 à 35 %). A ce sujet on peut avoir des doutes et la thèse du recourant trouve un certain point d'appui dans le fait que le fournisseur originaire lui-même, lequel n'a pas été poursuivi de ce chef, a désigné sur les factures sous le nom de Fendant le vin coupé de Gros-Rhin et de Rèze qu'il avait vendu à E. Toutefois la question de savoir ce qu'on entend en Valais par «Fendant» est une question de fait que les juges cantonaux étaient spécialement bien placés pour résoudre et s'ils ont estimé que, d'après les usages locaux, la désignation «Fendant» était inadmissible pour le vin vendu par E. et était de nature à entraîner des confusions, on ne peut dire que cette appréciation implique une erreur de droit ou soit contraire aux pièces du dossier. On doit en effet observer que les contrats de vente R. et P. spécifiaient qu'il ne s'agissait pas de Fendant pur, que dans la cave louée par E. à Sion les vases portaient l'indication «Fendant Rèze» et que M. a déclaré qu'il n'aurait pas acheté le vin s'il avait su qu'il contenait de la Rèze. Dans ces conditions, quelque rigoureuse que puisse paraître l'application que l'instance cantonale a faite de l'art. 173 cité, elle n'est cependant pas juridiquement erronée. Quant à la quotité de la peine prononcée, le recourant n'a pas formulé de critiques spéciales et aussi bien le Tribunal cantonal est demeuré dans les limites fixées par la loi.

Par des motifs, la Cour de Cassation prononce:

Le recours est écarté.

#### 14. Jugement du 8 mai 1917.

##### **D. contre Tribunal de police de La Chaux-de-Fonds. Contravention à la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe (critères servant à reconnaître une imitation de l'absinthe).**

A. Le recourant D., distillateur à L., vend une anisette portant son nom, dont le Conseil fédéral a, dans sa séance du 2 novembre 1915, autorisé le commerce par application de l'art. 2, alinéa 3, de l'ordonnance d'exécution de la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe, bien qu'elle en fût une «imitation», mais en raison du fait qu'il la fabriquait depuis 1881. Depuis ce moment, D. en a vendu à de nombreux détaillants dans plusieurs cantons, en particulier à la Chaux-de-Fonds. Le 31 décembre 1916, le chimiste cantonal de Neuchâtel a adressé au juge d'instruction un rapport contre D. «pour avoir fabriqué et mis dans le commerce sous le nom «d'anisette D.» une imitation d'absinthe dont la composition n'est pas identique à celle de l'anisette marque D. autorisée par le Conseil fédéral», parce qu'elle contient moins de sucre et est de ce fait «plus apte à jouer dans la consommation le rôle d'imitation absinthe». Il avait fait prélever divers échantillons de cette liqueur à la Chaux-de-Fonds et les bulletins d'analyse signés par lui constatent en effet que la teneur en sucre en est inférieure à celle dont

la formule avait été déposée en 1915 et qui était de 20 %. Renvoyé par ordonnance du Procureur général du canton de Neuchâtel devant le Président du Tribunal de la Chaux-de-Fonds pour contravention aux art. 1 à 3 de la loi fédérale sur l'interdiction de l'absinthe, du 24 juin 1910, D. a été condamné par jugement du 5 février 1917 à 50 francs d'amende. Ce jugement constate que la diminution de la teneur en sucre de la liqueur séquestrée a pour résultat de la distinguer de l'anisette et de la rendre plus semblable à l'absinthe, à un point tel qu'elle ne peut plus être considérée comme identique à l'anisette marque D. autorisée en 1915, mais qu'elle constitue actuellement une imitation de l'absinthe.

B. Par mémoire du 12 février 1917, D. a déclaré recourir contre ce jugement dont il a demandé la «réforme» pour fausse application de la loi; il annonçait en outre reprendre intégralement devant l'instance fédérale les conclusions développées par lui devant le Tribunal de police de la Chaux-de-Fonds.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

1. Le recourant déclare «demander la réforme du jugement contre lui par le Président du Tribunal de police de la Chaux-de-Fonds et reprendre intégralement les conclusions prises par lui devant ce magistrat». De telles conclusions ne répondent pas à celles prévues par l'art. 172 de l'Organisation judiciaire fédérale, qui donne seulement à la Cour de cassation pénale fédérale le droit d'annuler le jugement attaqué et de renvoyer l'affaire à l'instance cantonale, sans l'autoriser à juger à nouveau elle-même. La jurisprudence actuelle du Tribunal fédéral a toutefois reconnu, en dérogation à l'arrêt publié sous R. O. 27, I, page 542, que des conclusions du genre de celles de D. contiennent une demande d'annulation et qu'un recours interjeté de cette manière pouvait être considéré comme recevable (voir Th. Weiss, Kassationsbeschwerde in Strafsachen, Zeitschr. f. schweiz. Strafrecht, XIII, p. 168 et arrêt du Tribunal fédéral du 11 juillet 1916 en la cause Brandt contre Berne).

2. La loi fédérale du 24 juin 1910 sur l'interdiction de l'absinthe vise non seulement la liqueur de ce nom, mais s'applique encore à toutes les boissons qui en constituent une imitation. Ces dernières sont définies comme suit par l'art. 2 de l'ordonnance d'exécution de la dite loi adoptée par le Conseil fédéral le 5 octobre 1910: «Sont réputées imitations de l'absinthe, qu'elles soient chargées ou non de principes aromatiques de la plante d'absinthe, toutes les boissons alcooliques aromatisées, qui possèdent les qualités extérieures caractérisant l'absinthe elle-même (odeur, goût et propriété de se troubler quand on l'additionne d'eau) et qui renferment, par litre, les proportions d'huiles essentielles ci-après:

- a) plus de 450 mg, lorsque leur teneur en alcool atteint ou dépasse 45 % en volume (degrés de Gay-Lussac, à la température de 15° C.);
- b) plus de 10 mg par degré d'alcool, lorsque leur teneur en alcool est inférieure à 45 % en volume.



Les présentes dispositions ne sont provisoirement valables que pour les boissons mises dans le commerce après le premier janvier 1906. En ce qui concerne la soumission des boissons plus anciennes aux présentes dispositions, le Conseil fédéral se réserve de prononcer dans chaque cas particulier.»

L'anisette D. a été mise au bénéfice de cette disposition réglementaire par décision du Conseil fédéral du 22 octobre 1915, et la lettre écrite à ce sujet par le Service suisse de l'hygiène publique constate qu'elle est une imitation de l'absinthe. Enfin le rapport adressé à ce propos à l'autorité fédérale par le chimiste cantonal vaudois affirme que sa teneur en huiles essentielles est supérieure au chiffre prévu par l'ordonnance fédérale. Le jugement attaqué ne retient du reste pas cette circonstance pour condamner le recourant et ne prétend pas non plus que la liqueur séquestrée à la Chaux-de-Fonds ait eu une quantité d'huiles essentielles plus forte que celle constatée en 1915 au moment où le recourant a été mis au bénéfice de la tolérance dont il fait état aujourd'hui. Au contraire, les analyses faites par le laboratoire cantonal de Neuchâtel indiquent une teneur plus faible en moyenne que celle qui avait été constatée à cette époque. L'instance cantonale a invoqué un fait d'un tout autre ordre pour condamner le recourant, à savoir que son anisette est moins sucrée qu'elle ne l'était auparavant, que son goût et son apparence — quand elle était mélangée avec de l'eau — en étaient modifiés et qu'elle était ainsi plus semblable à l'absinthe que ce n'était le cas pour l'anisette fabriquée en 1915.

3. Le recourant a toutefois fait observer avec raison que l'art. 2 de l'ordonnance de 1910 n'indique pas comme un des critères servant à reconnaître une imitation de l'absinthe sa plus ou moins forte teneur en sucre. L'autorisation accordée au recourant en 1915 est également muette sur ce point. La Cour de cassation pénale n'a donc pas à rechercher quelle conséquence peut avoir, au point de vue de l'application de la loi sur l'interdiction de l'absinthe, le changement apporté par le recourant dans sa fabrication, ni à dire si cette dernière serait de nature à modifier l'arrêt du Conseil fédéral au sujet de l'autorisation qu'il lui a accordée. Elle doit au contraire reconnaître que, tant que ce dernier n'est pas revenu sur sa décision antérieure, la liqueur actuellement fabriquée par le recourant reste au bénéfice de la tolérance consentie par le Conseil fédéral le 22 octobre 1915, et que, dès lors, le recourant n'a commis aucun délit en faisant les livraisons d'anisette qui ont été séquestrées à la Chaux-de-Fonds en octobre 1916.

Par ces motifs la Cour de cassation prononce :

Le recours est admis et le jugement du Tribunal de police de la Chaux-de-Fonds du 5 février 1917 est annulé. En conséquence l'affaire est renvoyée à l'instance cantonale pour nouvelle décision en application de l'art. 172 de l'Organisation judiciaire fédérale.

### 15. Urteil vom 14. September 1917.

#### Schweizerische Bundesanwaltschaft gegen L. Ungenügende Bezeichnung von Kaffeesurrogaten.

Der Kassationsbeklagte L., Zichorienfabrikant in H., ist dem bernischen Strafrichter überwiesen worden wegen Widerhandlung gegen die Art. 3, 160 und 161 der bundesrätlichen Verordnung betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 8. Mai 1914, weil er Waren seiner Fabrikation in Packungen mit ungenügender, zu Täuschung geeigneter Sachbezeichnung in den Verkehr gebracht habe, nämlich:

1. eine Mischung von gemahlenem Kaffee mit einem Kaffeesurrogat, deren Packung auf der Vorderseite den Namen «Goldener Löwenkaffee» und auf der Rückseite die erläuternde Bemerkung trägt: «Nach eidg. Lebensmittelgesetz „Kaffeesurrogat-Mischung“, feinst gewählte Kaffeemischung mit dem nötigen Surrogatzusatz»;
2. ein Kaffeesurrogat, dessen Packung vorn die Bezeichnung «Familien-Kaffee» «Surrogat» (auf zwei Zeilen) und seitlich im Rahmen eines Textes die Angabe aufweist, es sei «aus den besten Früchten, die sich zur Fabrikation von Kaffeesurrogaten eignen, zusammengesetzt»;
3. ein Kaffeesurrogat, das einfach als «Homöopathisches Gesundheitskaffeesurrogat» bezeichnet ist.

Der Polizeirichter von Trachselwald als erste Instanz gelangte in allen drei Punkten zur Freisprechung. Die erste Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Bern, an welche die Staatsanwaltschaft appellierte, pflichtete jedoch seiner Auffassung, dass die erwähnten Bezeichnungen den angerufenen Verordnungsvorschriften genügten, nur hinsichtlich der Ziffern 2 und 3 bei. Dagegen erklärte sie die Bezeichnung der Ziffer 1 wegen Nichtangabe der hauptsächlichsten Rohmaterialien des Surrogates der Mischung als gegen Art. 161, Satz 2, der Verordnung verstossend und verurteilte den Angeeschuldigten deshalb unter Annahme, dass ihm nur Fahrlässigkeit zur Last falle, in Anwendung von Art. 41, Abs. 2, des Lebensmittelgesetzes zu einer Busse von Fr. 20.—.

B. Gegen dieses Urteil der obergerichtlichen Strafkammer vom 25. April 1917 hat die Bundesanwaltschaft beim Bundesgericht Kassationsbeschwerde erhoben mit dem Antrag, das Urteil sei, «soweit freisprechend», aufzuheben und die Sache zu neuer Entscheidung an die kantonale Behörde zurückzuweisen.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

In Durchführung der Grundsätze des Art. 54 des Lebensmittelgesetzes (wonach die Lebensmittel im Verkehr so zu bezeichnen sind, dass eine Täuschung über ihre Natur nicht möglich ist, und deshalb insbesondere alle Zusätze, die nicht ausdrücklich als zu der notwendigen oder allgemein gebräuchlichen Behandlung gehörend anerkannt sind, als solche deklariert



werden müssen) schreibt Art. 160 der Verordnung vom 8. Mai 1914 vor, dass «Kaffeeersatzmittel» oder «Kaffeesurrogate» unter einer Bezeichnung in den Verkehr gebracht werden müssen, «in der die hauptsächlichen Rohmaterialien angegeben sind (z. B. Kaffeeersatz aus Zichorien, Kaffeesurrogat aus Zichorien und Feigen, Getreidekaffee etc.)», wobei diese «Sachbezeichnung» auf den Packungen «in deutlicher Schrift für sich alleinstehend und nicht als Bestandteil eines allfälligen Textes» angebracht sein muss. Art. 161, Satz 2, der Verordnung bezieht diese Vorschriften auch auf «Kaffeesurrogatmischungen» als Mischungen von Kaffeesurrogaten mit Kaffee.

Hiergegen verstösst nun nicht nur, wie die Vorinstanz angenommen hat, die oben unter Ziffer 1 erwähnte Bezeichnung einer «Kaffeesurrogatmischung», sondern dasselbe gilt offenbar auch von den beiden Kaffeesurrogat-Bezeichnungen der Ziffern 2 und 3, deren Nichtbeanstandung durch die kantonalen Gerichte den Gegenstand der Kassationsbeschwerde bildet. Denn die Ausdrücke «Familienkaffee», «Surrogat» und «Homöopathisches Gesundheitskaffeesurrogat», deren Anbringung als selbständige Warentitel allein den für die Sachbezeichnung in dieser Hinsicht aufgestellten Erfordernissen der Verordnung entspricht, enthalten überhaupt keine Angabe von Rohmaterialien, aus denen die beiden Surrogate bestehen. Uebrigens könnte auch die ergänzende Bemerkung beim Surrogat des «Familien-Kaffees», dass es «aus den besten Früchten, die sich zur Fabrikation von Kaffeesurrogaten eignen, zusammengesetzt» sei, wenn sie als Textbestandteil nicht ohne weiteres ausser Betracht fiele, entgegen der Auffassung der kantonalen Gerichte nicht als genügende Angabe der «hauptsächlichen Rohmaterialien» anerkannt werden. Denn durch die blossе Bezeichnung als «beste Früchte» werden die Rohmaterialien nicht so deutlich charakterisiert, dass die besondere Art des Surrogates im Sinne der Verordnungsbeispiele daraus ersichtlich wäre.

Zu seiner Verteidigung wendet der Kassationsbeklagte lediglich ein, dass ihm eine genauere Bezeichnung der Rohmaterialien nicht zugemutet werden könne, da er sonst sein Geschäftsgeheimnis der Konkurrenz preisgeben müsste. Dieser Einwand kann, abgesehen davon, dass er tatsächlich in keiner Weise belegt ist, rechtlich angesichts der in Rede stehenden klaren Verordnungsvorschrift, die durchaus im Sinne ihrer gesetzlichen Grundlage das Interesse des konsumierenden Publikums an der sicheren Erkennbarkeit der Natur der in Verkehr gebrachten Nahrungs- und Genussmittel den allenfalls damit kollidierenden Interessen der Fabrikanten vorgehen lässt, überhaupt nicht gehört werden.

Beruhet demnach das angefochtene kantonale Urteil, soweit es die Strafbarkeit des Kassationsbeklagten verneint, in der Tat auf einer Verkennung des massgebenden Bundesrechtes, so ist es gemäss Art. 172 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege in dem Sinne aufzuheben, dass die obergerichtliche Strafkammer auch die Tatbestände der Ziffern 2 und 3 in Fakt. A oben in ihren Strafentscheid einzubeziehen hat.

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird gutgeheissen, das Urteil der ersten Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Bern vom 25. April 1917 aufgehoben und die Sache zu neuer Entscheidung im Sinne der Erwägungen an die obergerichtliche Strafkammer zurückgewiesen.

### 16. Urteil vom 30. Oktober 1917.

#### D. und M. gegen das Obergericht des Kantons Bern.

##### Absinthverbot.

Im Jahre 1916 brachte die Firma D. & S. in J. unter der neuen Marke «Liqueur des Internés» eine Nachahmung eines schon vor 1906 im Verkehr stehenden Liqueurs, dessen Name «Burgermeisterli» laut Auskunft des Schweiz. Amtes für geistiges Eigentum gesetzlich geschützt ist, in den Handel. Dieser «Liqueur des Internés» wurde auf Grund eines Untersuchungsberichtes des bernischen Kantonschemikers, womit auch das Gutachten des beigezogenen Oberexperten übereinstimmte, als Nachahmung des Absinthes im Sinne von Art. 2 der Vollziehungsverordnung vom 5. Oktober 1910 zum Bundesgesetz über das Absinthverbot beanstandet. Deshalb hat die erste Strafkammer des bernischen Obergerichtes in Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils am 11. Juli 1917 den Chef D. und den Prokuristen M. der Firma D. & S. der fahrlässigen Widerhandlung gegen das Absinthverbot schuldig erklärt und zu kleineren Geldbussen verurteilt.

Gegen diesen Entscheid haben D. und M. rechtzeitig und formrichtig die Kassationsbeschwerde an das Bundesgericht ergriffen mit dem Antrag, das Urteil sei aufzuheben.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Die Kassationskläger anerkennen die Gutachten der Sachverständigen, wonach der beanstandete «Liqueur des Internés» eine Nachahmung des Absinthes im Sinne von Art. 2 der Vollziehungsverordnung vom 5. Oktober 1910 zum Bundesgesetz betreffend das Absinthverbot darstellt. Sie bestreiten aber in erster Linie, deswegen überhaupt strafbar zu sein. Zur Begründung dieses Standpunktes führen sie wesentlich aus, bis zum Erlass des Bundesratsbeschlusses vom 20. Februar 1917 betreffend Ausserkraftsetzung des letzten Absatzes von Art. 2 der vorgenannten Vollziehungsverordnung habe Unklarheit darüber geherrscht, welche absinthähnlichen Getränke als verboten und welche als verkehrsfähig anzusehen seien. Diese Unklarheit des Rechtszustandes müsse nach dem Grundsatz in dubio pro reo ihnen (den Kassationsklägern) zugute kommen; denn sie hätten, da das «Burgermeisterli», von dem sich der «Liqueur des Internés» nur dem Namen nach unterscheide, bis zum Februar 1917 nicht verboten gewesen sei, auch jene Nachahmung des «Burgermeisterli» als verbotfrei ansehen dürfen. Dieser Einwand ist vom kantonalen Richter mit Recht verworfen worden. Der Vorbehalt im letzten Absatz von Art. 2 der Verordnung vom 5. Oktober 1910, welcher die schon vor dem 1. Januar 1906 im Verkehr befindlichen



Getränke vom allgemeinen Verbot der Nachahmungen des Absinthos ausnahm, hatte nach seinem Sinn und Zweck lediglich die Schonung der für die Fabrikation jener Getränke bei Erlass des Absinthverbotes bereits eingerichteten Betriebe (mit Rücksicht auf die für deren Einstellung gemäss Art. 4 des Gesetzes zu gewährenden Entschädigungen) im Auge. Er ist daher jedenfalls in dem Sinne restriktiv auszulegen, dass Fabrikationserweiterungen seit dem Erlass der Verordnung, zu denen die Fabrikation des «Liqueur des Internés» gehört, grundsätzlich nicht Anspruch auf Duldung erheben können. Danach aber musste den Kassationsklägern bei der ihnen als Interessenten zuzumutenden Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse die Richtigkeit ihrer Auffassung, dass auch neue Nachahmungen eines nach der in Frage stehenden Verordnungsbestimmung nicht verbotenen Getränkes verbotfrei seien, doch von vorneherein als mindestens zweifelhaft erscheinen. Sie hätten sich deshalb hierüber an zuständiger Stelle erkundigen sollen, bevor sie den «Liqueur des Internés» fabrizieren und in den Handel bringen liessen. Da sie das unterlassen haben, ist in ihrem Vorgehen in der Tat eine Fahrlässigkeit zu erblicken, die gemäss Art. 3 des Gesetzes zu ihrer Bestrafung genügt.

2. Ferner behaupten die Kassationskläger noch, sie seien wenigstens nicht beide zugleich, sondern es sei nur der eine oder der andere von ihnen strafbar, weil nach ihrer geschäftlichen Stellung zu einander ein Verhältnis vorliege «herausgewachsen aus einem Fabrikationsbetrieb, auf welchen die Bestimmungen der Teilnahme mehrerer Personen an einer strafbaren Handlung nicht Anwendung finden dürfen.» Warum aber dem so sein sollte, ist nicht einzusehen. Zwar stellt die Vorinstanz wohl zu Unrecht auf den von der Miturheberschaft in Form des «Komplotes» handelnden Art. 20 des Bundesstrafrechtes ab. Dagegen trifft offenbar der Art. 19 B. Str. R. zu, indem der Kassationskläger M., der zugestandenermassen die Anregung zu der verbotenen Fabrikations- und Handelstätigkeit gegeben hat, als «Anstifter», und der Kassationskläger D., welcher dieser Anregung zugestimmt hat und sie hat verwirklichen lassen, als «Täter durch eigenes Handeln» erscheint und demnach beide als «Urheber» zu bestrafen sind.

Demnach hat das Bundesgericht erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird abgewiesen.

### 17. Urteil vom 8. November 1910.

#### Weinhandlung F. & L. gegen Weinhandlung B. & K.

#### Herkunftsbezeichnung im Verkehr mit Wein.<sup>1)</sup>

Die Weinhandlung B. & K. wurde von der Weinhandlung F. & L. verklagt wegen angeblich unbefugtem Gebrauch der Herkunftsbezeichnung

<sup>1)</sup> Dieses Urteil bezieht sich allerdings nicht direkt auf die Lebensmittelgesetzgebung, bietet aber, indem es die Herkunftsbezeichnung im Verkehr mit Wein im Sinne der Lebensmittelverordnung einer Prüfung unterzieht, auch für die Organe der Lebensmittelpolizei ein gewisses Interesse.

«Karthäuser» für eine ihrer Weinsorten. Durch Urteil vom 13. Mai 1910 hat das Obergericht des Kantons Luzern die Beklagten von Schuld und Strafe freigesprochen und auch den klägerischen Entschädigungsanspruch abgewiesen.

Gegen dieses Urteil hat die Privatklägerin Kassationsbeschwerde beim Bundesgericht erhoben mit dem Antrag, es sei das angefochtene Urteil sowohl im Straf- als im Zivilpunkte zu kassieren und die Sache zu neuer Behandlung an das luzernische Obergericht zurückzuweisen.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Der Anteilhaber F. der Weinhandlung F. & L., der heutigen Kassationsklägerin, ist Eigentümer der in der thurgauischen Gemeinde Warth gelegenen Gebäulichkeiten des im Jahr 1846 aufgehobenen Klosters Karthause Ittingen, und er besitzt in der Umgebung dieser Gebäulichkeiten Reben, die ebenfalls einst dem Kloster gehörten und deren Wein die Kassationsklägerin als «Karthäuser» in den Handel bringt. Für diese Weine hat die Kassationsklägerin im Jahre 1897 beim eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum eine Marke, die aus dem Worte «Karthäuser» und verschiedenen (hier nicht in Betracht kommenden) bildlichen Elementen besteht, eintragen lassen. Die Kassationsbeklagte, die Weinhandlung B. & K., vertreibt die Weine, welche sie aus den Rebbergen der Gemeinde Warth bezieht, ebenfalls unter dem Namen «Karthäuser». Die Etiketten ihrer Flaschen tragen die Aufschrift «Karthäuser» bald allein, bald so, dass sich darunter mit kleinerem Drucke noch die Worte «Ittingen-Warth» angebracht befinden, bald verwendet sie auch die Bezeichnung «Otschweizer, Karthaus-Warth». In diesem Vorgehen der Kassationsbeklagten hat die Kassationsklägerin eine strafbare Uebertretung des luzernischen Gesetzes betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes sowie des eidgenössischen Markenschutzgesetzes erblickt, und zwar, was das letztere betrifft, sowohl eine Verletzung ihres Markenrechtes als den Gebrauch einer unrichtigen Herkunftsbezeichnung. Sie hat daher die vorliegende Strafklage eingereicht und zugleich eine Entschädigungsforderung geltend gemacht.

2. Die Kassationsbeklagte hat aus verschiedenen Gründen einerseits die Aktivlegitimation der Kassationsklägerin zur vorliegenden Strafklage und anderseits ihre Passivlegitimation bestritten. Von einer Erörterung dieser Punkte kann indessen abgesehen werden, da sich die Kassationsbeschwerde laut den nachfolgenden Ausführungen jedenfalls sachlich als unbegründet erweist.

3. Zunächst kann nämlich in der Verwendung des Wortes «Karthäuser» durch die Kassationsbeklagte keine Verletzung des von der Kassationsklägerin beanspruchten Markenrechtes erblickt werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob seinerzeit die Mönche der Karthause Ittingen mit der Benennung der von ihnen in den Handel gebrachten Weine als Karthäuser diesen Weinen eine individualisierende Bezeichnung haben geben wollen, sei es, dass sie



sie damit, als von ihnen gewonnen und in ihren Kellern eingelagert und besorgt, von denen anderer Weinbauern unterschieden, sei es, dass sie nur auf den Ursprung aus ihrem Rebgebiete, als einer besonders geschätzten Lage, im Sinne einer nur dem Eigentümer dieses Geländes zustehenden Bezeichnung hingewiesen hätten. Das alles hätte nur Bedeutung, wenn die Verhältnisse zur Zeit noch so lägen, wie vor der Aufhebung des Klosters, und es liesse sich dann allenfalls auch fragen, ob das Wort «Karthäuser» aus gleichen oder ähnlichen Gründen, wie die von der Kassationsklägerin erwähnte Wortmarke «Chartreuse», als Marke oder Markenbestandteil schutzfähig sei. Allein seit jener Zeit hat sich die Sachlage zunächst insofern wesentlich verändert, als nach den vorinstanzlichen Feststellungen ein Teil der Rebberge, aus denen die Mönche den «Karthäuser» gewonnen hatten, von der ehemaligen Klosterbesitzung abgetrennt worden ist, und dass die Eigentümer dieser abgetrennten Parzellen, zu denen gegenwärtig namentlich auch die Lieferanten der Beklagten gehören, auf ihnen den Weinbau unabhängig von dem Eigentümer jener Hauptbesitzung betreiben. Infolgedessen dürfen sie den Wein, den sie aus ihren Reben gewinnen, dann mit gleichem Recht wie jener Eigentümer (oder die Kassationsklägerin, die als Weinhandlung seine Weine vertreibt), Karthäuser nennen, wenn hiermit auf seine Herkunft aus einem früher von den Mönchen bebauten Rebgelände hingewiesen wird. Aber auch nicht in jenem andern Sinn kann das Wort zur Zeit als Individualbezeichnung gelten, wonach es sich speziell auf die in den ehemaligen Klostergebäulichkeiten eingekellerten und von dort aus abgegebenen Weine bezöge. Mag immerhin die besondere Sorgfalt bei der Weinlese und auch die besondere Kellerbehandlung (infolge der Güte der Keller usw.) seinerzeit dazu beigetragen haben, den Klosterweinen unter dem Namen Karthäuser ihren Ruf zu verschaffen so ist doch in keiner Weise dargetan, dass sich dieser Geschäftszweig der früheren Mönche in seiner eigenen Art kontinuierlich bei den späteren Inhabern der Kellergebäulichkeiten erhalten habe und dass im besonderen auch die Kassationsklägerin in diesem Sinne ihre Geschäftsnachfolgerin als Produzentin von Karthäuserweinen sei (wogegen vielmehr Art. 1 «Wanderung durch den Thurgau», S. 123, spricht). Namentlich aber muss nach der vorinstanzlichen Tatbestandsfeststellung angenommen werden, dass, wenn je das Wort Karthäuser in jener Weise Individualzeichen der Gutskellerei gewesen war, es sich doch bei der Eintragung der klägerischen Marke im Allgemeinbesitz aller Weinproduzenten des ehemaligen Einzugsgebietes der Mönche befunden hat, indem jetzt alle aus diesem Gebiete stammenden Weine, unabhängig von der Person ihres Produzenten, gemeiniglich als Karthäuser bezeichnet wurden. Diese Annahme rechtfertigt sich auch dann, wenn man in Hinsicht auf Art. 5 M.Sch.G. davon ausgeht, das von der Kassationsklägerin behauptete Markenrecht sei zu vermuten und daher die Kassationsbeklagte für dessen Nichtbestand, also dafür beweispflichtig, dass das Wort Karthäuser bei der Eintragung der Marke nach seiner damaligen sprachlichen Funktion als

ausschliessliches Individualzeichen der Kassationsklägerin ungeeignet gewesen sei. Dieser Beweis muss nämlich als erbracht gelten, indem die Akten dartun, dass das Wort «Karthäuser» im Verkehr und namentlich in den fachkundigen Kreisen als Bezeichnung nicht der Weine eines bestimmten Produzenten, sondern eines bestimmten Geländes gebraucht wird. Freilich hat der Teilhaber der klägerischen Gesellschaft bei seiner Einvernehmung ausgesagt, dass man in Frauenfeld und Umgebung zwischen Karthäuser- und Wartherwein unterscheide, und dass die Warther Wirte ihren Wein als Warther und nicht als Karthäuser ausschenken, und es mag nun zunächst auffallen, dass die Vorinstanzen dem in dieser Beziehung gestellten Beweis- antrage nicht Folge gegeben haben. Bei näherer Würdigung der Akten erklärt sich das aber daraus, dass sie den Nachweis des Gegenteils schon auf Grund der gegebenen Aktenlage als erbracht ansehen. Darin aber liegt auf keinen Fall eine bundesrechtswidrige Lösung dieser Frage, die im wesentlichen tatsächlicher Natur ist. Vielmehr sprechen für die Richtigkeit der vorinstanzlichen Auffassung neben den obigen Ausführungen über die Umgestaltung der Verhältnisse seit der Klosteraufhebung auch noch sonstige Momente. So ist namentlich auf die von der Kassationsbeklagten eingelegte, vom schweizerischen Weinhändlerverband, also von fachmännischer Seite herausgegebene Broschüre über die Weine der Schweiz hinzuweisen, worin berichtet wird: das edle Produkt, das das Gelände von Ittingen und Warth mit Umgebung hervorbringe, sei weit bekannt unter der Bezeichnung «Karthäuser». Ferner ist zu erwähnen, dass neben den Parteien anerkanntermassen noch verschiedene andere Firmen Weine unter der Bezeichnung «Karthäuser» in den Handel bringen, ohne dass die Kassationsklägerin dagegen eingeschritten wäre, was ebenfalls darauf hindeutet, dass das Wort wenigstens in der letzten Zeit als Herkunftsbezeichnung für einen grösseren Kreis von Produzenten oder Händlern funktioniert und auch von der Kassationsklägerin bisher als solche aufgefasst wurde. Demgegenüber können die von der Kassationsklägerin eingebrachten gutachtlichen Erklärungen des Prof. Dr. Müller-Thurgau und des H. Leuthold, zum Hotel Bahnhof in Frauenfeld, nicht erheblich ins Gewicht fallen, umso weniger, als die erstere der Auffassung der Kassationsklägerin nur beistimmt, falls deren Weinberglagen im Kataster unter dem Namen Karthaus eingetragen seien, was aber nicht zutrifft, und als die andere nur die persönliche Auffassung des Verfassers wiedergibt, nicht aber jene allgemeine Verwendung des Wortes «Karthäuser» als Weinsorte in Abrede stellt. . . .

Die Kassationsbeschwerde wurde abgewiesen.



**18. Urteil vom 31. Oktober 1916. W. gegen das Obergericht des Kantons Schaffhausen. Verletzung der Amtspflicht eines Beamten der Lebensmittelpolizei (Oberexpertise im Sinne von Art. 16 des L. G.). <sup>1)</sup>**

In Bestätigung eines vorinstanzlichen Entscheides verurteilte das Obergericht des Kantons Schaffhausen den Fleischschauer W. wegen Verletzung seiner Amtspflicht zu Fr. 60 Busse. Gegen diesen Entscheid hat W. Kassationsbeschwerde an das Bundesgericht eingereicht. In der Begründung macht er geltend, es sei ihm nicht Gelegenheit geboten worden, zu seiner Rechtfertigung vom Rechte der in Art. 16 des Lebensmittelgesetzes vorgesehenen Oberexpertise Gebrauch zu machen.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

Mit Unrecht beschwert sich der Kassationskläger darüber, dass ihm nicht Gelegenheit geboten worden sei, eine Oberexpertise im Sinne von Art. 16 des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu verlangen. Diese Gesetzesbestimmung bezieht sich dem Zusammenhange nach auf den «Besitzer» der beanstandeten Ware, dagegen nicht auf ein wegen Verletzung seiner Amtspflicht in Untersuchung gezogenes Organ der Lebensmittelpolizei, in welcher Eigenschaft der Kassationskläger in Untersuchung stand. Denn der Kassationskläger ist in der Hauptsache nicht deshalb bestraft worden, weil das Fleisch des in Frage stehenden Kalbes sich auf Grund von Expertisen als tatsächlich ungeniessbar erwiesen hat, sondern deshalb, weil er das Fleisch eines «im Verenden getöteten kranken» Tieres als bankwürdig erklärt hat, während dies durch eine ausdrückliche Vorschrift der bundesrätlichen Instruktion für die Fleischschauer, vom 29. Januar 1903, verboten ist. Dass aber das Tier, als es von seinem Besitzer auf dem Wege zur Stadt mit dem Taschenmesser getötet wurde, «krank» und «im Verenden» war, ist eine vom kantonalen Richter auf Grund der Gesamtheit der Umstände festgestellte Tatsache. . .

Die Kassationsbeschwerde wurde abgewiesen.

**19. Urteil vom 30. Januar 1917. B. gegen das Obergericht des Kantons Schaffhausen. «Gesundheitsschädliche» Lebensmittel im Sinne von Art. 38 des Lebensmittelgesetzes. <sup>1)</sup>**

A. Der Kassationskläger B. ist geständig, das Fleisch eines infolge Kälbermilzbrandes umgestandenen 10tägigen Kalbes, das der Fleischschauer als ungeniessbar erklärt und dem Wasenmeister zum Verscharren überwiesen hatte, von dem dieser Weisung zuwiderhandelnden Wasenmeister gekauft und einem Kostgebereinhaber zur Verwendung in seiner Kostgeberei weiterverkauft zu haben.

<sup>1)</sup> Dieses Urteil betrifft zwar die Fleischschau, enthält aber einen grundsätzlichen Entscheid von allgemeiner Bedeutung, so dass sich dessen Veröffentlichung an dieser Stelle rechtfertigt.

B. Auf Grund dieses Tatbestandes hat das Obergericht des Kantons Schaffhausen am 22. September 1916 ein Urteil des Kantonsgerichtes, durch das der Kassationskläger und der schuldige Wasenmeister zu 2 Monaten Gefängnis 1. Grades, sowie zur Einstellung im Aktivbürgerrecht auf die Dauer von 2 Jahren verurteilt wurden, bestätigt, mit der Begründung, dass beiden Angeklagten eine vorsätzliche Inverkehrsetzung eines gesundheits-schädlichen Lebensmittels im Sinne des Art. 38 des Bundesgesetzes betr. den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zur Last falle.

C. Gegen dieses Urteil richtet sich die vorliegende Kassationsbeschwerde mit der aus den nachfolgenden Erwägungen ersichtlichen Begründung.

Der Kassationshof zieht in Erwägung:

1. Die Beschwerde wird ausschliesslich damit begründet, dass der Kassationskläger kein «*gesundheitsschädliches*» Fleisch im Sinne von Art. 38 des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln, sondern bloss «*ungeniessbares*» Fleisch im Sinne der Fleischschauverordnung vom 29. Januar 1909 (Art. 14 und 17) in den Verkehr gebracht habe.

Diese Unterscheidung zwischen «*gesundheitsschädlichem*» und «*bloss ungeniessbarem*» Fleisch ist nicht haltbar. Der im Gesetz verwendete, auf die verschiedenen Arten von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen anwendbare Begriff der «Gesundheitsschädlichkeit» musste seine Auslegung hinsichtlich der einzelnen Kategorien von Waren vor allem in den bezüglichen *Verordnungen* finden. Dies ist für den Verkehr mit Fleisch in der Fleischschauverordnung geschehen. Wenn diese dabei auch nicht ausdrücklich von «gesundheitsschädlichem», sondern von «ungeniessbarem» Fleisch spricht und nur dieses letztere definiert, so ist doch klar, dass es sich hier lediglich um einen anderen Ausdruck für die nämliche Sache handelt. Die Verordnung betrachtet es als selbstverständlich, dass einerseits «gesundheitsschädliches» Fleisch stets als «ungeniessbar» zu erklären ist, andererseits aber *nicht* «gesundheitsschädliches» Fleisch auch nicht als «ungeniessbar» erklärt werden soll. Demgemäss ist denn auch in Art. 31 der Instruktion für die Fleischschauer — von dem «ekelerregenden» Fleisch, um das es sich hier handelt, abgesehen — ausdrücklich nur dasjenige Fleisch als «ungeniessbar» bezeichnet, «welches sowohl in rohem als auch in zubereitetem Zustande die Gesundheit des Menschen zu schädigen geeignet ist». Wenn also, was feststeht, der Kassationskläger als «ungeniessbar» erklärtes Fleisch zum Zwecke der Verwendung in einer Kostgeberei verkauft hat, so hat er sich dadurch eben des in Art. 38 des Lebensmittelgesetzes vorgesehenen Deliktes der Inverkehrsetzung eines «gesundheitsschädlichen» Lebensmittels schuldig gemacht.

2. Im übrigen steht der Subsumtion des in Betracht kommenden Fleisches unter die «gesundheitsschädlichen» Lebensmittel auch nicht etwa der Umstand entgegen, dass bei den Personen, die dieses Fleisch genossen haben, eine Gesundheitsschädigung tatsächlich nicht eingetreten ist. Als «schädlich» und speziell als «gesundheitsschädlich» werden allgemein nicht nur die-



jenigen Lebensmittel bezeichnet, deren Genuss in jedem Falle unvermeidlich eine nachweisbare Gesundheitsstörung herbeiführt, sondern auch alle diejenigen Lebensmittel, bei denen eine solche Schädigung erfahrungsgemäss zu *befürchten* ist, oder, wie es in dem bereits erwähnten Art. 31 der Instruktion für die Fleischschauer heisst: «welche die Gesundheit des Menschen zu schädigen *geeignet* sind». Damit steht im Zusammenhang, dass das Gesetz im letzten Absatz des Art. 38 für Fälle, in denen eine erhebliche Gesundheitsschädigung tatsächlich eingetreten ist, die «Bestimmungen des gemeinen Strafrechtes» vorbehält, was wiederum darauf hindeutet, dass die im vorliegenden Spezialgesetz angedrohten Strafen nicht notwendig eine tatsächliche Gesundheitsschädigung voraussetzen. . . .

Demnach hat der Kassationshof erkannt:

Die Kassationsbeschwerde wird abgewiesen.

